

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

97 (26.4.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555999](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555999)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat 20 Pf., bei halbjährlicher 1,00 Mk., bei vierteljährlicher 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgebühren. — Mit Sonntagsbeilage. — Inserate die fünfgepolte Normgröße oder deren Raum für die Inserenten in Märgen-Wilhelmschaden u. Umgebung, sowie der Pösten 15 Pf., für sonstige auswärtige Anzeigen 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechend ermäßigt. Briefe müssen als der Geschäftschrift gefügt werden, so werden sie auch nach dieser berechnet. Klebansätze 50 Pf.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale in Heppens: Almenstraße 24. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang. Bant, Mittwoch den 26. April 1911. Nr. 97.

Error.

Von den Ausnahmefällen gegen die Arbeiterschaft, die der Reichsfinanz in seinen Reden über die Arbeit, den Verhältnissen zur Beeinflussung der Justiz zugunsten der Polizei, anführt, liegt die Reichsversicherungsordnung mit ihrer Veranlassung der Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in den Vordergrund. Nun kommt über die Arbeiterschaft die Kunde von der Verurteilung des zweiten dieser Ausnahmefälle. Die „Reichsversicherungsordnung“ weiß zu melden, daß der Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches eine staatsrechtliche Denkschrift über Ausnahmefälle der Arbeiterschaft zugegangen ist: „bezuß Herbeiführung einer Verurteilung der Strafen gegen den Terrorismus“.

Wie derartige Denkschriften zustande kommen, ist aus dem Bericht bekannt, sie sind das Produkt des Zusammenarbeitens von Unternehmerorganisationen mit der Polizei. Unter Ausnutzung der Öffentlichkeit zusammengekauft, werden sie natürlich bei den Urhebern dieser Maßnahme das Beste aus, sie der Kritik der Öffentlichkeit, solange wie nur irgend möglich, zu entziehen. Ein Beispiel für die feine Versteinerung, mit der „staatsrechtliche Unterlagen“ für die Arbeiterschaft gemacht werden, liefert die denkschriftliche Denkschrift zum Justizgesetzbuch, deren Kosten im Betrage von 12000 Mark von dem „opferwilligen“ Scharfmacheramt bezahlt worden waren. Heute sind die Regierungskreise doch schon weit besser abgerichtet, die Großindustrie hat es nicht mehr notwendig, Vorbereitungen zur Verlesung der Arbeiterschaft durch gefälschte Verbindungen der Ausübung des Wahlrechts vor zu versetzen, das geschieht unter dem eigentlichen Einfluß des schwarzblauen Bloks als Staatsarbeit.

Was eine derartige Denkschrift enthalten kann, auch wenn sie entgegen der Meinung des Medienburger Blattes noch nicht abgeschlossen sein sollte, ist un schwer zu erraten. Jedes Wort, das eine Arbeiterschaft von Streikern vom Schlage der Hingabe einmal zugehen haben, und das von den Streikern gemittelt als Verletzung ihrer zarten Seele empfunden worden ist, wird als terroristischer Akt erscheinen, jede politische Betätigung von Streikern als Beweis für Auswärtigen Streikern figurieren, dann werden die zöhlischen Terrorismuslegenden wiederkehren, deren Halbfalschheit und Unmöglichkeit sich immer nachweisen werden konnte, wenn die Art der Darstellung eine Nachprüfung überhaupt ermöglichte. Aber in der staatsrechtlichen Denkschrift der Regierung werden sie nicht fehlen, man wird sie alle beisammen finden die elogenen, erdichteten Terrormärchen aus der Südseite des Reichsverbandes.

Um den politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Groß-Industrie ganz mit seinen Interessen zu verbinden, hat der schwarzblaue Bloß fortgesetzt ein Verbot des Streikpostens, welches als Vorwand ausgemacht, in agrarischen Blättern wurde ein solches Gesetz als Mittel für den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien empfohlen. Ganz in Uebereinstimmung mit dem Willen dieser Herren hat auch der preußische Minister von Ballwig kürzlich im Landtage erklärt, daß eine Bekämpfung des „Terrorismus“ der organisierten Arbeiterschaft bei der Revision des Strafgesetzbuches besser geregelt werden soll, als es bisher der Fall ist. Wie man sieht, arbeitet der Bloß schnell, um durch einen Anschlag auf das Wahlrecht der Arbeiter die von der Schwerindustrie abhängigen Kreise der nationalliberalen Partei insbesondere zur Wahrung zurück zu gewinnen.

Das nächste Ziel ist das Verbot des Streikpostens, das von der gesamten Scharfmacherpresse schon lange als ein dauernder Verstoß gegen die Rechtsordnung bezeichnet wird. Polizei und Justiz betrachten und behandeln den Streikposten als eine der heiligsten „nationalen“ Aufgaben, die vornehmsten Streikposten sind die erkrankten Lieblinge aller Behörden, die die Anerkennung der Industrieherren und des Junkertums verdienen wollen. Doch damit gibt sich das Scharfmacheramt nicht zufrieden, ihm genügt nicht, daß die „nationalen Elemente“ bestraft werden wie der Bar auf Reisen, es will, daß der Umverbreitung seiner Lebensverhältnisse kämpfenden Arbeiterschaft jede Möglichkeit genommen werden soll, die Ausprägungen oder Streiks die vom Unternehmern angeordneten Streikposten zu Solidarität und Teilnahme zu bewegen. Das bedeutet in der Praxis nicht mehr und nicht weniger als die Unterbindung, das Verbot des Wahlrechts selbst.

Von leidenschaftlicher Erbitterung wird die gesamte Arbeiterschaft, ganz ohne Unterschied ihrer Parteistellung, erfüllt werden, wenn sie von den gegen sie geschwiegenen Vätern der Reaktion Kenntnis erhalten haben wird. Sie steht sich durch eine schamlose Wirtschaftspolitik ausgeraubt, alle Einnahmen des Staates werden ihr aufgeschüttet und darüber hinaus werden ihr ungeheure Tribute zugunsten der Groß-

grundbesitzer und anderer ihrer Ausbeuterelassen aufgebürdet. Zum Ausgleich soll ihr noch das Recht genommen werden, aus eigener Kraft Verbesserungen ihrer Existenz zu erkämpfen oder auch nur Verschlechterungen zu verhindern. Um so härter muß der Jern der Arbeiterschaft auflodern, da sie weiß, daß das Kapital alljährlich den allerhöchsten Terror verübt, daß das Kapital nicht nur die Arbeiter terrorisiert, sondern seinen Terror mit gleicher Schärfe auch gegen Unternehmer richtet, die sich nicht in allen Dingen den Anordnungen der vielfältigen Unternehmerorganisationen fügen, ganz abgesehen von dem Terror, den die Völkerverfechter der Industrie spüren und teuer bezahlen müssen. Allein aus der letzten Bauarbeiterausperrung sind mehr Fälle von Unternehmerterrorismus zu verzeichnen, als terroristische Handlungen seit Jahren von der Scharfmacherpresse der organisierten Arbeiterschaft nachgeliefert und zum überaus großen Teil fälschlich nachgeliefert wurden.

Ganze Bände können mit Berichten über den Terrorismus des Kapitals gefüllt werden, und zwar mit Berichten, die von den Terroristen selbst geliefert werden, also völlig einwandfrei sind. Es gibt kein Kartell und kein Syndikat von Bedeutung, das nicht den Terror ständig anwendet, um seine Ziele zu erreichen. Allerdings sind die Kartelle der Nähe entzogen, Streikposten anzuschließen, sie organisieren den Überwachungsdienst in einer viel schrofferen und wirksameren Form, ihre Betreibungen, „arbeitswillige“ Unternehmern zum Anschlag zu bewegen, sind stets von Drohungen begleitet, deren Verwirklichung die wirtschaftliche Vernichtung der zaubenden oder widerstehenden Unternehmer bedeutet. Und es handelt sich dabei nicht um leere, sondern sehr ernst gemeinte Drohungen, mit deren Ausführung gegebenenfalls durchaus nicht geizig wurde. Hervorzuheben sind an diesem Kartellterror auch die Kartelle der Spirituszentrale, deren Leitung bewährte Justizpolizisten angehören, einseitige einen Terror, den ein Urteil des preußischen Kammergerichts gelegentlich als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet, obwohl der abgeurteilte Fall noch lange nicht zu den schlimmsten Terrorpraktiken des Brauereikartells gehört. Wie hat die organisierte Arbeiterschaft mit den terroristischen Mitteln zu arbeiten verlernt, die die Grundlagen der Kartellpraxis bilden. Dabei hat die Regierung nicht nur den ungezügeltsten Terror des Kapitals tatenlos geduldet, sie blieb gegenüber allen Klagen der Terrorisierten taub, sie hat den Terror des Kapitals, es sei nur an die Auswärtigen der Syndikate in der Eisen- und Kohlenindustrie erinnert, geschützt und unterstützt. In dem Kampf des Kartellkloas gegen das Kartell der Arbeiterherren vor Gericht des neuen Kartellgesetzes waren die Staatsverwaltungen, die diesem Syndikat angehören, an den terroristischen Maßnahmen der Kartelle gegen das arbeitende Unternehmen sogar aktiv beteiligt.

Für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet der vorbereitete Anschlag gegen das Kartellgesetz einen Kampf um Kopf und Kragen, einen Kampf, den sie mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte, ihrer letzten Kräfte führen wird. Für die Folgen eines derartigen Kampfes würde die Schuld den Streikern zufallen, die die unverantwortliche Frevlthat aufbringen, ihn heraufzubekommen.

Politische Rundschau.

Bant, 25. April.

Allddeutsche Wahnideen.

Der Vorstand des sattem bekannten Allddeutschen Verbandes war am Sonnabend in Berlin zu einer Sitzung versammelt und hat dort Beschlüsse gefasst, die alles, was der Verband sich bisher geleistet hat, geradezu in den Schatten stellen. Ueber das Referat des Abg. v. Dieberr, über die politische Lage im Reich, geht man am besten mit Rücksichtung hinweg, es waren die alten Gemeinplätze, die übliche Hege gegen Polen und Elbfläster und die Klage darüber, daß der heilige Kurs viel bedeuten sollte, als der Kurs, den Caprivi früher eingeschlagen hat. Die Allddeutschen stehen auf dem Standpunkt, daß der Bevölkerung von Elb-Verträgen keinerlei Rechte eingeräumt werden dürfen, vielmehr müsse Elb-Verträgen mit Preußen verschmolzen werden. Das Ziel der Allddeutschen läßt sich also kurz dahin zusammenfassen, daß Elb- und Verträgen preussische Provinzen werden sollen, damit auf diese Weise die Hausmacht der Hohenzollern gestärkt werden kann. Der Abg. v. Dieberr befaßt sich dann in einem weiteren Referat, das ursprünglich der Reichsverband der Völkchen halten sollte, mit der Fremdenlegion. Hier verlangt eine angenommene Entschließung, daß die Reichsregierung jede Verdrängung der Fremdenlegion unmöglich macht, daß sie bestehende Vereine von allen Regionen auflöst, das Tragen der Regions-Uniform verbietet und alle Veranstaltungen

von Regionen, die im Reich wohnen, untersagt. Außerdem wird noch empfohlen, den nach Deutschland zurückkehrenden Regionen die Reichsangehörigkeit zu entziehen. Zu eingehenden Betrachtungen führte sodann die Beratung der Marokkofrage. Die Allddeutschen verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß Deutschland ohne Frankreich vorher zu fragen, einfach die Hälfte von Marokko annektieren solle. Die Herrschaften sind sich natürlich vollständig darüber klar, daß, wenn sich die deutsche Regierung zu diesem Wagnis hinsetzen lassen würde, ein Krieg mit Frankreich die gegebene Folge wäre. Das ist es auch, was die Allddeutschen anstreben und es wäre sicher ganz interessant, wenn man einmal klar erkennen könnte, welche Interessenkreise, denen ein Krieg Profit bringt, hinter den Allddeutschen stehen.

Von einem rheinischen Industriemanager wurde der Vorschlag gemacht, gelegentlich mit anderen großen nationalen Vereinigungen gemeinsam patriotische Kundgebungen zu veranstalten. Dieser Anregung wurde keine Folge gegeben, weil, wie der Vorsitzende mitteilte, der deutsche Bismarck eine Beteiligung ablehnen würde. Bei dieser Gelegenheit äußerte man, daß der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg aus dem Allddeutschen Verband ausgetreten ist und daß er den Bismarckverein dahin beeinflusst hat, jede Verbindung mit dem Allddeutschen Verband zu lösen. Es ist sicher bezeichnend, daß selbst eine Organisation wie der Bismarckverein, die den nationalen Chauvinismus haben muß, wenn sie ihre Ziele erreichen will, sich in derart offenkundiger Weise von dem Allddeutschen Verband losreißt. In Deutschland nimmt man in den weltlichen Kreisen den Allddeutschen Verband nur von der heiteren Seite und es würde keinem Menschen einfallen, jene Leute in ihrem Vergnügen zu stören, wenn ihr Treiben nicht vom Ausland ernst genommen würde. Die französische Chauvinistenpresse wird selbstverständlich nicht verschmähen, schleunigst das Verlangen der Allddeutschen in der Marokkofrage auszuschlachten. Damit wäre dann glücklicherweise eine nationale Hege mit obligatem Kriegsgeschrei eingeleitet, wie sie von der allddeutschen „Politik“ als Folge für den kommenden Wahlkampf verlangt wurde. In diesem Sinne muß das Treiben der Allddeutschen als geradezu gemeingefährlich bezeichnet werden und es ist sicher kein bloßer Zufall, daß die treibenden Kräfte im Allddeutschen Verband gleichzeitig die führende Rolle bei dem angeblich nur gegen die Sozialdemokratie gerichteten Reichsverband spielen. Die Regierung läßt gut, dieser unverantwortlichen Hege ihr Augenmerk zu schenken und ausdrücklich zu erklären, daß sie dem allddeutschen Wahnwitz völlig fernsteht. Macht sie das nicht, dann liegt Grund zu der Annahme vor, daß Reichsverband und Allddeutscher Verband den Auftrag haben, für die Entfesselung einer Kriegshege zu sorgen, unter der dann allerlei unlaubliche politische Geschäfte, in erster Linie eine Einschüchterung der Wählermassen besorgt werden sollen.

Gegensatzes Lokalisierung.

Eine geradezu „geniale“ Gründung plant der Barmter Arbeiter- und Landwehrverband, den 47 Vereine angegliedert sind. Um die Reservisten für die Kriegerevangelienbrüderlichkeit einzulösen, soll eine „Deutsch-nationale Rasse für ausgeperrte arbeitswillige Kameraden“ eingerichtet werden. Die Rasse, die natürlich kein Gefühl für die Lasten haben, daß schon in der famosen Bezeichnung der „Deutschnationalen“ Rasse eine Unsumme von blutigen Hohn aufgeschmeißt liegt, verabschieden einen Aufruf, in dem es heißt, die „Reservistengewinnung“ und auch die Gewinnung von deutschnationalen Industriellen und Lohnarbeitern für die Kriegerevangelien verurteile in Barmen besondere Schwierigkeiten. „Die Kameraden des Arbeiterverbandes, namentlich, wenn sie frisch vom Militär kommen, werden durch ihre Arbeitskollegen überredet und gezwungen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen oder den freien Gewerkschaften beizutreten. Geschieht dies, so dürfen wir sie gemäß unseren Satzungen nicht in unsere Kriegerevangelien aufnehmen. Diese gedienten Leute sind für unsere deutsch-nationale Sache verloren.“ — Um den national geklärten Kameraden des Arbeiterverbandes im Falle eines Streiks, der durch Beschluß der sozialdemokratischen Partei oder der freien Gewerkschaften entsteht, eine Auszahlung zu sichern, ist die Gründung einer Rasse notwendig gegenüber den Streikfälligen. Unsere Rasse muß einerseits für die ausgeperrten Arbeitswilligen unserer Kriegerevangelien mehr leisten, andererseits von den Kameraden des Arbeiterverbandes geringere Aufgaben verlangen. Die Rasse soll den Mitgliedern im Falle einer Ausperrung durch die sozialdemokratische Partei oder die freien Gewerkschaften sowie im Falle einer Ausperrung irgendwelcher Art von Seiten der Arbeitgeber wöchentlich eine Mark mehr auszahlen, als die sozialdemokratischen Arbeitskollegen aus den Streikfälligen erhalten. Die Auszahlung erfolgt solange, wie die

Republikanische Organisation ihren Mitgliedern Streikgelder zahlt. Voraussetzung ist, daß der betreffende Kamerad arbeitswillig ist, aber arbeitslos infolge der Auspeicherung. Während der sozialdemokratischen Organisation und bei den freien Gewerkschaften bei einem Streik einer Gruppe ähnliche Mitglieder dieser Gruppe betroffen werden, wird in unseren Arbeitervereinen, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen, nur ein geringer Prozentsatz der Mitglieder betroffen, und zwar nur die Kameraden des Arbeiters. Daher wird es uns möglich sein, bei einer so geringen Leistung von 1 M. pro Jahr und pro Mitglied eines Vereins große Summen jährlich zu sammeln für unsere ausgepeicherten, aber arbeitswilligen Kameraden. Zur Ausbringung des erforderlichen Beitrags von 1 M. pro Jahr und pro Mitglied eines Vereins ist es nicht notwendig, daß die Beiträge von den einzelnen Kameraden oder der Gesamtheit aus der Vereinskasse bezahlt wird. Es ist Sache der Vereinsvorstände, auch bei Spinnern des Arbeitervereinswesens die erforderlichen Gelder für unseren Zweck jährlich zu sammeln.

Es wird schließlich „auf eine großzügige Unterstützung seitens der Staatsregierung sowie der patriotisch gesinnten Bürgerschaft, namentlich der Fabrikanten und sonstigen Arbeitgeber“ gerechnet.

Nach solche verzeihlichen Mittel werden denkende Arbeiter nicht verschaffen können, sich dazu mißbrauchen zu lassen, die „patriotischen“ Gelegenheiten als hurrabullende Statisten zu dienen. Nur ganz nebenbei sei noch bemerkt, daß die überflüssige Spekulation auf die Opferwilligkeit der „patriotisch“ gesinnten Bürgerschaft, namentlich der Fabrikanten und sonstigen Arbeitgeber“ gründlich vorbeigeklungen wird.

Das neue heftige Landtagswahlrecht.

Nachdem jetzt der Gesetzgebungsausschuß der Ersten Kammer des heftigen Landtages den Beschluß der Zweiten Kammer beigetreten ist, kann man die Reform des heftigen Landtagswahlrechts endlich als vollendet ansehen. Von den vier holländischen Staaten hat Hessen das weitaus schlechteste Wahlrecht erhalten, ein in mancher Beziehung sogar noch schlechteres, als es selbst in norddeutschen Staaten, wie z. B. Oldenburg, nach seiner Reform gilt. Nach dem neuen Gesetz sind alle Personen männlichen Geschlechts wahlberechtigt, die zurzeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre in Hessen wohnen, seit mindestens einem Jahre die heftige Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- und Gemeindesteuer herangezogen sind. Jeder mindestens 50 Jahre alte Wähler erhält eine Zusatzstimme. Das Wahlrecht kann von den Wählern nicht ausgeübt werden, die zurzeit der Wahl mit dem letzten fälligen Ziel der Staats- oder der Gemeindesteuer im Rückstand sind. Die Wahl ist direkt und geheim. Für die Wahlhandlung gelten im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie bei der Reichstagswahl. (Wahllorenz, Wahlraum usw.) Wenn im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit auf sich vereinigt, ist Stichwahl zwischen den beiden „Gegensätzlichen“ erforderlich. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer werden auf sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre scheiden die Hälfte aus. Die Zweite Kammer wird in Zukunft 58 statt 50 Mitglieder zählen. Die Städte Dormstadt, Mainz, Offenbach, Gießen und Worms, von denen die beiden ersten bisher je zwei, die anderen bisher je einen Abgeordneten wählten, erhalten nach der Wahlreform je einen Abgeordneten mehr. Ebenso wird in jeder der drei Provinzen des Großherzogtums je ein ländlicher Wahlkreis neu gebildet.

Die nächsten Landtagswahlen finden im kommenden Herbst statt. Es scheiden 8 Nationalisten, 8 Nationalliberale, 5 Altkonservative, 3 Sozialdemokraten (Berthold, Fuchs, Raab) und ein Freisinniger aus. Mit den neu geschaffenen fünf holländischen und drei ländlichen Mandaten sind also diesmal 33 Mandate neu zu besetzen.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. April. Bei der gestrigen Nachwahl im 4. Berliner Landtagswahlkreis sind insgesamt 275 Wähler und 215 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt worden. Die Sozialdemokraten haben in der zweiten Abteilung 16 und in der dritten Abteilung fünf Wahlmännerstimmen gewonnen. Der freisinnige Kandidat Kreitzberg wird demnach mit einer Mehrheit von etwa 50 Stimmen gewählt werden.

Etat für 1912. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die vor einigen Tagen behauptet haben, daß der jetzige Reichstag noch den Etat für 1912 erledigen solle, halten diese Meldung jetzt ausdrücklich aufrecht, indem sie bemerken: „Man täuscht sich über den Ernst der Lage, wenn man glaubt, unsere Meldung, die aus vorzüglicher Quelle stammt, als unumgänglich oder schlecht informiert obtan zu können. Dasselbe hat man vor einigen Monaten auch mit der Ankündigung der Herbstkassen getan, und daß der Wille hierzu sowohl bei der Regierung wie bei dem schwarzblauen Block jetzt besteht, darüber berichtet wohl kein Zweifel mehr. Etwas anderes ist freilich, ob der Plan ausführbar sein wird. Wir aber haben das Projekt, daß dieser Reichstag auch noch das Budget für 1912 erhalten soll, in die Öffentlichkeit gebracht, nicht um es zu fördern, sondern um es zu zerlegen.“

Ein Ordnungsruf. Die „Deutsche Tageszeitung“ warnt die Nationalliberalen ernstlich vor einem zu weiten Abrücken nach links. Selbst wenn die Nationalliberalen hoffen könnten, in dem einen oder anderen Falle einen Zufallsieg auf altem konservativen Boden zu errösten, könnten doch auch sie sich schließlich einem Zweifel darüber hingeben, daß eine radikalsche Befämpfung der Rechten ihnen an anderen Stellen Verluste bringen müßten, die jene Erfolge mehr als wettmachen würden. Die jetzige Taktik der nationalliberalen Parteileitung

erscheine immer verständlicher; sie schädige, ja gefährde das Vaterland und könne selbst der eigenen Partei keinen Nutzen, sondern höchstens Schaden bringen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nicht die Absicht, „ihnen jetzt eine Befreiung des Liberalismus ernstlich zu versuchen.“ Aber sie will ungeweihten ausprechen, daß es aus nationalen wie aus anderen politischen Gründen auch für sie lebhaft bedauert werden würde, wenn der Nationalliberalismus erst durch den unüberwindlichen Schaden eines falsch angelegten Wahlkampfes „lug werden“ müßte.

Reichsverbandarbeit. Der „Welt am Montag“ wird von einem Brief mit Blättern angekündigt, das auf der Berliner Reichsausstellung verteilt wird und augenscheinlich aus einer feindlichen Reichsverbandssache stammt. Es nennt sich „Deutscher Bürger“ und erzählt den deutschen Bürgern nicht nur erbauende Dinge über Kräfte, „Wettbewerben“ und Spähls, sondern auch — über den Fall Herrmann. Dem deutschen Bürger wird ein Bild des von Schulheuten Erklärungen vorgeführt und in einem begleitenden Artikel heißt es dann: Im Herbst vorigen Jahres verurteilten bekanntlich die Sozialdemokraten, in Moskau den Zukunftsstaat zu errichten.

Auf der Straße wurde dem Herrmann, der zu müde und zu alt war, um sich genug zu entschlafen, von einem Schuhmann der Schadel buchstäblich gepalmt. Vielleicht hatte ein roter Spiegel die Polizei gegen den alten Mann ausgehört. Herrmann war nämlich unorganisiert und hielt sich von der sozialdemokratischen Partei fern.

Die Herrmannschen Hinterbliebenen wunden sich, daß der sozialdemokratische Parteivorstand jene 2000 M., die er für die Ermittlung des schuldigen Schuhmannes ausgelegt hat, nicht lieber der Familie Herrmann zukommen ließ. Ganz unbedeutend ist dieser Gedanke nicht. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Sozialdemokratie an dem Tode Herrmanns schuldiger ist als die Polizei.

Der schmutzige Witz kennzeichnet durch seine Schamlose und niedrige Frechheit deutlich genug seinen Ursprung.

Der Deutsche Handelsstag. Vom 11. bis zum 14. Mai wird der Deutsche Handelsstag in Heidelberg, wo vor 50 Jahren seine Gründung erfolgte, das Fest seines fünfzigjährigen Bestehens feiern. Bis jetzt haben sich etwa 600 Teilnehmer gemeldet. Für die Heidelberger Festtage sind neben einer Arbeitsleistung umfangreiche festliche Veranstaltungen geplant.

Wie man Zeugen befragt! Ein sensationelles Jugendkind machte am Mittwoch ein Polizeiwachmeister vor dem Kölner Schöffengericht. In einer Berufungssache gegen ein polizeiliches Protokoll fragte der Vorliegende einen Polizeiwachmeister, ob es öfter vorkomme, daß Zeugen einer polizeilichen Verhaftung, die sich als Zeugen melden und freiwillig mit zur Waage gehen, in einem Aufwachen gleich als mit vorgeführt gelten und ebenfalls protokolliert werden. Als der Wachmeister diese Frage bejahte, erklärte sowohl der Vorliegende wie der Anwalt: Dann werden ja auf diese Weise Kronzeugen einfach mundtot gemacht. Rechtsanwalt von Köln meinte hierauf mit Recht, daß dadurch angehende und unbefähigte Bürger, die mit dem Vorgehen eines Polizeibeamten nicht einverstanden seien und sich freiwillig als Zeugen einer Verhaftung meldeten, schließlich noch ein Protokoll bekämen und natürlich bei der Vernehmung als Angeklagte statt als Zeugen erscheinen müßten, wie es in dem vorliegenden Fall tatsächlich vorgekommen ist.

Moloch bittet um milde Gaben. Ein merkwürdiges Ansuchen hat die Romanbantur in Glogau an die dortige Stadtgemeinde gestellt. Sie reiche dem „Niederbühl. Anz.“ zufolge ein Gesuch ein, den verheirateten Unteroffizieren wegen der herrschenden Wohnungsteuerung einen jährlichen Wohnungsgeldzuschuß aus der Gemeinkasse zu gewähren, mit der Begründung, daß dies in andern Städten bereits üblich sei.

Es wäre interessant, zu wissen, ob diese Behauptung zutrifft. Im übrigen wäre ein derartiger Zuschuß die neueste Art einer Schöpfung der Städte zugunsten des Militarismus. Für Kasernenbau usw. werden allerdings holländische Mittel nur zu gern bewilligt. Aber daß nun auch noch für die Stellvertreter Gottes eine besondere Gabe gefordert wird, legt doch den bekannnten „patriotischen Sinn“ der Stadträte auf eine sehr harte Probe.

Steuerreform in Preußen. Die Großherzöge von Preußen, die gegen den Willen ihrer Janter keine Verfassung durchsetzen können, wollen nun die Steuererhebung reformieren, womit sie entschieden mehr Glück haben werden, namentlich dann, wenn die Agrarier von den Steuern tunlichst verschont werden.

Rußland.

Russisches. In Russisch-Polen wurden in den letzten fünf Tagen über 300 Personen, meist jüdische Vereinsvorstände, verhaftet, unter dem Verdacht, einer sozialistisch-revolutionären Vereinigung anzugehören. Die Mehrzahl wurde wieder freigelassen, der Rest aber nach Petrikau in strengen Gewahrsam abgeführt.

England.

Ein Ausnahmefall gegen die Ausländer hat der Minister des Innern im Unterhause eingebracht. Es ist nichts als ein echt hauswirtschaftlich-konservatives Nachwort, das nur durch die Furcht der Liberalen, die Konservation könnten bei den nächsten Wahlen die Heister der Houndschmied gegen die Regierung heraufbeschwören, erklärt werden kann. Um diese Heister sowie die Hauswaffen zu beruhigen, macht sich der englische Liberalismus jetzt an die Arbeit, um die den Radikalen verhasste Verhältnismäßig kleine ausländische Bevölkerung Großbritanniens durch ein Ausnahmefall zu drangsalieren.

Ein Ausnahmefall, die Ermordung der drei Politiken in Houndschmied, soll die Notwendigkeit des Gesetzes beweisen. Alle anderen Umstände sprechen gegen die Notwendigkeit. Die Zahl der ausländischen Verbrecher, gegen die sich die Vorlage, wie angegeben wird, richtet, geht von Jahr zu

Jahr zurück. Im Jahre 1910 betrug sie nur noch 12, alle verurteilten Verbrecher. Dieser Prozentsatz ist sehr gering, aber der Verbrechen. Nach kann man sich die Vorlage schwerlich die Tatsache ins Bild setzen, daß die Zahl der Verbrecher unter der ausländischen Bevölkerung prozentual größer ist, als unter der einheimischen. Diese Erscheinung kann man in allen größeren Städten beobachten und ihre Ursachen sind so klar, daß man sie nicht auseinanderlegen braucht.

Alles was mit der Vorlage, wenn sie in der vorliegenden Form angenommen werden sollte, bezweckt werden wird, ist die Drangsalierung der friedlichen ausländischen Bevölkerung des Landes. Sie durchdringt den höchsten bürgerlichen Rechtsgrund, daß jemand nur bestraft werden kann, wenn er sich etwas hat zuschulden kommen lassen, was die Bureaucratie und der Polizei eine Macht, die die Ausländer, wie sie zu Anfang des Jahres an der Tagesordnung waren, zu einer unheilvollen Anwendung kommen kann.

Morocco.

Aktion in Marokko. Die französische Regierung hat sich entschlossen, mit einer großen Truppenmacht in Marokko einzugreifen. Wie aus Paris berichtet wird, sollen mehr als 10000 Mann französische Truppen nach Marokko entsandt werden. Die französische Regierung begründet sich nicht damit, dem Sultan Sultan Hassan Hilfe zu leisten, ihm mit den in Marokko befindlichen Truppen zu Hilfe zu kommen, sondern sie bereitet eine unumkehrbare militärische Aktion vor. — Jaurès protestiert entschieden gegen diesen Kriegszug.

Gewerkschaftliches.

Zur Aussperrung im Hamburger Holzgewerbe.

Der Arbeitgeberverband macht auch jetzt noch p. raduzu verzeihliche Anforderungen, der Aussperrung an größere Ausschreibung zu geben. In der letzten Woche hat er sein Ziel wieder mit Begleitversammlungen in den Teilen des Hamburger Stadtkomplexes verfolgt und auf eine besondere Versammlung der Inhaber der Sperrbetriebe einberufen, um auch diese zur Aussperrung zu veranlassen. Nur zwei weitere Betriebe sind insgesamt 10 Mann haben auch ausgesperrt und nur wenig über 20 Mann sind insgesamt ausgesperrt.

Mit einer Anzahl Firmen, die nicht ausgesperrt haben, hat der Holzgewerbeverband jetzt Einzelverträge abgeschlossen, die die sofortige Durchführung der 8/10stündigen Arbeitszeit vorsehen. Bis jetzt sind schon 30 solcher Verträge abgeschlossen und wird die Zahl sich in den nächsten Tagen mindestens verdreifachen. Die Unternehmer bemühen sich frampfhaft, Streikbrecher zu bekommen. Die internationalen Streikbrecheragenten Auguste Müller, Rasmussen und „Wäre“ besorgen. In Berlin und Hannover sind die Hitz und Heidelberg abgeführt worden, aber auch die internationale Streikbrecherbande in der Holzgewerbe, die bei der Firma Saalfeld in Himmelsdorf, in Himmelsdorf und in Dornowitz tätig waren, sind inszeniert angeworben und bereits eingetroffen. Bei der Firma Markus u. Frank sind in einer Werkstätte Laternenkörper hergerichtet und zwar für 100 Mann, je drei Mann in einander gelagert. Diese durch rote Deckenlaternen hergerichtet sind mit einem Strohhalm und einer Fiedel versehen und hier sind nun 64 dieser Elemente zusammengepackt, unter Aufsicht einiger Seelenverkäufer, die mit so vollem ausgerüstet, jeden bedrohen, der Wille macht, in „gottliche“ Städte zu verlassen. Die als notwendige Arbeitswillige in ganz Deutschland bekannten Gebrüder Schützen aus in Hamburg wieder ihre unermüdete Rolle als letzten den Unternehmern ebenfalls Zureichende. Im Unternehmern sind diese Elemente zu gewinnen. Im Arbeiten sind die nicht nach Hamburg gekommen. Im den Leute erst wenige Tage hier sind, ist es ihnen schon zu argen Schlägereien gekommen und die Streikbrecher und die Werkmänner trauen sich kaum noch ihre eigenen Werkstätten.

Die Polizei stellt sich natürlich ganz in den Dienst der Unternehmer. Schon die wenigen ruhig gesprochenen Wort Kollegen, hier wird gestreift“ genügen, verhält man sich den Inhabern der Waage feighalten zu werden. Infolge solcher Verhaftungen sind in den letzten Tagen erfolgt wobei den Inhabern immer erklärt wurde, wenn sie es wieder bilden lassen, sperre man sie 24 Stunden ein.

Die Hamburger Holzgewerbe lassen sich durch die Vorgänge nicht betreten. Sie führen den Kampf mit der Entscheidung weiter. Abgestreift sind bisher 750 Holz und verheiratete Kollegen.

Holzgewerbe Deutschlands sorgt für Fernhaltung im Zug und guckt den Streikbrecheragenten auf die Finger.

Aussperrung auf der Schichau-Werft in Danzig. Die Schichau-Werft in Danzig hat am Sonnabend eine Beschlusnahme erlassen, nach der die Betriebsleitung durch den Streik zu groß sei und alle jetzt noch beschäftigten Arbeiter entlassen werden, wenn sie die Anordnungen der Betriebsleitung Folge leisten. Darauf hielten die noch im Betrieb befindlichen Arbeiter am Sonntag eine Versammlung ab und ließen der Firma eine Entschlüsselung überreichen, nach der sie wohl arbeiten wollen, aber unter keinen Umständen Streikarbeit verrichten. Darauf hat die Firma alle Arbeiter entlassen mit Ausnahme von etwa 50 Mann, die minderwertige Arbeitskräfte und zum Teil inaktiv sind. Der Betrieb ruht also gänzlich. Der Betriebsleiter hat sich ebenfalls gleichzeitig erklärt, nunmehr mit dem Arbeiterausschuß über die Forderungen zu verhandeln.

Streik der Arbeiter in Neumünster. Weil die Unternehmer das Zustandekommen des Reichstagsfortsetzungs für das heilige Wohngebiet verhindern wollen, kam es zum Ausstand der Gehilfen.

Solales.

Sant, 25. April.

Zwei Kriegsgerichtsurteile.

Vor dem Kriegsgericht der 2. Marine-Infanterie in Wilhelmshaven hatte sich am 22. April der Matrose St. von der 1. Komp. der 2. Matrosenbatterie wegen Ungehorsams, Verweigerung unter Drohung tätlichen Angriffs, Verleumdung und Beleidigung im Angehörigen des 31. März hatte der Angeklagte, wie vom Bericht der W.B. B. entnehmen, mit mehreren Kameraden Absicht zur Bahn gebracht, dann waren die Leute beurlaubt worden. Gegen 7 Uhr kehrte der Angeklagte in die Kaserne zurück. Als der Feldwebel R. auf die Stube kam, bemerkte er, daß St. nicht ganz nüchtern sei und belafte ihm, die Stube nur zum Austreten zu verlassen. Nach einiger Zeit trat ihn der Feldwebel auf den Hinterrücken auf ihn zu, packte ihn an der Brust und sagte: „Was willst Du von mir?“ Als der Feldwebel ihn durch die hintere Tür nach der Wache bringen lassen wollte, ließ St. zweimal mit dem Fuß nach ihm und schrie ihn fortwährenden Kameraden zu: „Laßt mich los, ich bringe die Schuttlaput um.“ Auf der Wache gab er den Wachhabenden ganz vernünftige Auskünfte und nahm eine militärische Haltung an. Als der Feldwebel mit einem Unteroffizier und vier Mann erschien, die ihn nach dem Unterjünglingsgefängnis bringen sollten, sah er auf der Wache und befolgte den ihm wiederholt gegebenen Befehl, anzuhalten und seinen Anzug in Ordnung zu bringen, nicht. Auf dem Wege nach dem Gefängnis schimpfte und beschimpfte er den Feldwebel. Auf dem Wege warf er auch mehrere Male seine Mütze weg, weil er das Band an dem Band verloren hatte und wollte sie nicht mehr aufheben, daß ihm einer von der Begleitmannschaft eine andere Mütze geben mußte. — Der Vertreter der Anklage beantragte 2 Jahre und 1 Tag Gefängnis. Der Verteidiger behauptete, daß der Angeklagte von einem Arzt beobachtet werde, was jedoch das Kriegsgericht ablehnt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.

Bedeutend mehr gestimmt waren die Richter beim nächsten Fall, als es sich nicht um einen Feldwebel, sondern um einen Gendarmen, also um einen Vertreter der öffentlichen Sicherheit handelte. Der Matrose B. von der ersten Kompagnie der zweiten Matrosenbatterie hatte sich wegen Ungehorsams, Verleumdung, ferner wegen tätlichen Angriffs und Verleumdung gegen einen im Dienst befindlichen Beamten zu verantworten. Es sind also in der Hauptliste dieselben Delikte, wie sie im ersten Fall dem Angeklagten zur Last gelegt wurden. Folgendes kommt unserer Ansicht nach in Betracht, daß B. hier gemeinsam mit dem Matrosen W. handelte, der mit angeklagt war, einen Beamten mittels Gewalt an der Wache einer dienstlichen Handlung gehindert zu haben. Der Tatbestand war folgender: Die beiden Angeklagten besaßen sich am 12. Februar in einem Tanzlokal in der Innenstadt und der Angeklagte B. betrug sich auffällig, was ihm der Wirt verbot. Als dann eine Schlichterin entstand, rief der Wirt die Polizei um Hilfe an. Die hinzukommenden Gendarmen befanden den auf der Straße zusammenstehenden Leuten, auseinanderzugehen, worauf der Angeklagte eine freche Antwort gab. Als einer der Beamten ihn wiederholt um seinen Namen fragte, weigerte er sich, darauf zu antworten. Seiner Mißachtung widerstand er sich, indem er sich zu Boden warf, den Säbel des Beamten schnitzte und ihm die Pellicane zerriß. Hierbei wurde er von dem Angeklagten W. unterstützt. Erst nach ein paar Schlägen mit der flachen Klinge ergab er sich in den Händen. Auf dem Wege zur Wache beschimpfte er die Gendarmen.

Welche Strafe für diese Mißtaten der Anklagevertreter beantragte, geht aus dem uns vorliegenden Bericht nicht hervor; sicher hat er keine so hohe Strafe wie im vorigen Falle beantragt, denn der Hauptbelasteter kam mit einem Monat Gefängnis davon und der W. wurde freigesprochen. Das Gericht glaubte diesem seine Hauptaufgabe, es habe nur seinen Kameraden mit nach der Kaserne nehmen sollen. Wir begreifen: da sein Kamerad sich an dem Säbel des Gendarmen schneidete, mußte W. gewungenermaßen auch den Gendarmen insultieren! Einen Tritt bekam der Gendarm mit auf den Weg: Er darf das Urteil auf seinen des Verurteilten verdrängen. Und da es hinsichtlich der Kosten bei den Matrosen meist hapert, wird der Gendarm, will er nicht in seine eigene Tasche greifen, wohl auf die Verdrängung verzichten. — Die beiden Urteile werden in weiten Kreisen nicht verleben; ganz besonders aber nicht das erstere furchtbare Urteil, das unsere Militärjustiz so beleuchtet und das uns geeignet erscheint, manchen Marinekadetten umzustimmen.

Die Einführung des Bürgermeisters, des Syndikus und der Ratsherren der Stadt Rätzingen in ihr Amt erfolgte heute durch den Amtshauptmann.

Das Lehrerbefolgungsgesetz ist unter dem 20. April unterzeichnet worden und wird in dem Gesetzblatt vom 5. April veröffentlicht. Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem neuen Beamten-Befolgungsgesetz für das Großherzogtum in Kraft. Danach hat es rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1911.

Ranischen-Ausstellung. Der Ranischenschießer-Klub Champion Wilhelmshaven-Rätzingen beschloß, die allgemeine Ranischen-Ausstellung schon an den Pfingsttagen in den Räumen des „Ranier Bürgergarten“ abzuhalten. Jedem Jäger von Ranischen wird hier die Gelegenheit geboten, seine Tiere zur Schau zu stellen.

Fandbureau. Gefunden wurde eine silberne Herrenuhr, ein Optenglas und zwei Geldstücke.

Wilhelmshaven, 25. April.

Marinenachrichten. Nachdem die für die deutsche Marine gebauten Torpedoböte bisher ständig mit dem Anfangs-

buchstaben der Bauwerft und den fortlaufenden Nummern von 1 an („S 1“ bis „G 197“) bezeichnet worden waren, tritt mit den in diesem Jahre vom Reichspostamt bewilligten zwölf Hochsee-Torpedoböten eine Neuerung ein. Die im vorigen Jahre dem Zettliner Vulkan und der Kieler Germania werft übertragenen je sechs Fahrzeuge erhielten noch die Bezeichnung „V 186“ bis „V 191“ und „G 192“ bis „G 197“; die Zahl 200 wird jedoch nicht erreicht werden. Nachdem die ersten kleinen Torpedoböte „S 1“ bis „S 57“, die teils nicht mehr vorhanden sind oder als Wachschiffe, Minenböte ufm. Verwendung finden, bereits umgetauft worden sind in „T 1“ bis „T 57“, ist diese Zahlenreihe für neue Torpedoböte wieder frei geworden. Nach dem bisherigen Gebrauche hätten wir dem Vulkan und der Germania werft je sechs zugewiesen je sechs Torpedoböte die Bezeichnung erhalten müssen „V 198“ bis „V 203“ und „G 204“ bis „G 209“. Sie erhalten jedoch die Bezeichnung „V 1“ bis „V 6“ und „G 7“ bis „G 12“. Die zwölf Fahrzeuge werden die vierte, nur aus Turbinenbooten zusammengesetzte Torpedobootflotte bilden.

Von der Werft. Der Wohlfahrtsverein verkauft auch in diesem Jahre Kohlen an die Arbeiter und Beamten der Werft und den übrigen Marinebehörden, sowie an das zur Werft und den Marinebehörden kommandierte Personal. Der Preis beträgt für Wilhelmshaven, Sant, Heppens, Renende, Schaar, Schardeich und Rumbum bei Barzahlung innerhalb eines Monats 39 Mt., bei Barzahlung bis zum 1. März 1912 42 Mt., für Rätzingen, Sande und Heidemühle 40 Mt. bezw. bis 1. März 1912 42,50 Mt. Beistellungen müssen bis Sonnabend den 13. Mai aufgegeben werden. Beistellungen nimmt der Wohlfahrtsverein (Arbeiteramt, Dachstuhl) entgegen sowie für Sande Schiffsingenieur-Vorarbeiter Daniels und Maschinenarbeiter Vack, für Heidemühle Bureauassistenten Brink. Zahlungen sind nur an den Wohlfahrtsverein zu machen.

Auf der Post lagerndes Geld ohne Eigentümer. 1. Postanweisung über 3 Mt. an Frau Pauline Schulz in Rätzingen, ist als unbestellbar zurückgekommen, die Absenderin Frau Müller hier ist nicht zu ermitteln. 2. Postanweisung über 34,50 Mt. an die Stadtkammer Zeter ist zurückgekommen, weil die Annahme verweigert. Der Absender ist unbekannt.

Heppens, 25. April.

Eine Sitzung. Am Freitag findet am Freitag abend 8 1/2 Uhr mit folgendem Tagesordnung statt: 1. Feststellung von Rechnungen, 2. Verschiedenes.

Renende, 25. April.

Die letzte Gemeinderatsitzung findet am Donnerstag abend 6 1/2 Uhr in Eutens Gasthause statt: Tagesordnung: 1. Verschiedene Schulangelegenheiten, 2. Mitteilungen.

Aus dem Lande.

Rat, 25. April.

OB's wahr ist? Wie der „Meier-Zeitung“ geschrieben wird, ist als national-liberaler Kandidat für den zweiten Wahlkreis Gemeinderatsrat Dammann aufgestellt. D. ist Mitglied des Bundes der Landwirte.

Odenburg, 25. April.

Zur Maffeler. Die öffentliche Verurteilung auf dem Waffensplatz, die abends 6 1/2 Uhr stattfinden soll, hat die behördliche Genehmigung erhalten.

Jeder Arbeiter und Arbeiterin sollte die Krankenkassen-Mitgliederversammlung bei Doodt am Mittwoch, 26. April, abends 8 1/2 Uhr, besuchen, in welcher Arbeitervereinsrat Gen. S. Rhein, Bremen, über die Reichsversicherungs-Ordnung sprechen wird.

Eine Verhöhnung haben die Wallanlagen gefunden. Indem dort eine Anzahl Bänke aufgestellt gefunden haben. Die Anlagen werden dem Schutze des Publikums empfohlen!

Miteneß, 25. April.

Eine plötzliche Verlegung des Lehrers R. von hier nach Sant ruft in der Gemeinde allgemeinen Unfrieden hervor. Die Wohnnahme des die Aufsicht über die Lehrer führenden Teils des Schulvorstandes wird als rigoros angesehen, um so mehr als der übrige Teil des Vorstandes von der Wohnnahme nicht in Kenntnis gesetzt worden ist, noch zur Beratung hinzugezogen wurde. Selbst der von der Wohnnahme betroffene Lehrer, der von der Einwohnerlichkeit als tüchtige Kraft geschätzt wird, ist vorher nicht der Grund der Verlegung mitgeteilt worden. Die Einwohnerlichkeit will hiergegen durch eine Petition protestieren.

Emden, 25. April.

Ortskrankenkasse. Die Ortskrankenkasse für handwerkliche Betriebe hält am Donnerstag den 27. April im Klubhaus, Neuer Markt, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Erwahlungen von Vertretern, Berichtserstattung, Rechnungslegung und Sonstiges. Es wird um vollzähliges Erscheinen erucht.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Aus Diebstahlsnummer ging ein junges Mädchen aus der Umgebung von Wardenburg, das in Odenburg in Dienst stand, in den Kanal. Die Leiche wurde bereits gefunden. — Auf der Chaussee zwischen Ostse und Vatten fiel die Hauswächterin Verbrüder aus Ratten vom Wagen und wurde überfahren. Sie erlitt schwere Verletzungen.

Aus aller Welt.

Heberfall auf einen Gelddiebstahl. Montag früh kurz nach 8 Uhr wurde in Dresden im Hause Rolletier, 28 der Gelddiebstahl einer von einem etwa 28 Jahre alten Raubfahrer überfallen, der schon einige Zeit auf den Briefträger gewartet hatte. Der Räuber stürzte sich in dem ziemlich dunklen Flur auf den ahnungslosen Beamten und verlegte ihm mit einem großen Holzhammer, wie sie Klempner verwenden, zwei Schläge auf den Kopf. Der Briefträger, obwohl ein bejahrter Mann, wehrte sich tapfer und schrie laut um Hilfe, worauf der Räuber die Flucht ergriff, ohne den beabsichtigten Raub auf die noch gefüllte Geldtasche

des Beamten ausgeführt zu haben. Der Verbrecher schwang sich auf sein Rad und fuhr in rasendem Tempo davon. Bisher ist es nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Das Befinden des schwerverletzten Briefträgers ist nicht lebensgefährlich.

Große Räuber. In Urbanow (schlesischer Kreis Pleh) drangen am Freitag neun maskierte Banditen mit hochgehobenen Revolvern in ein Gasthaus der Brauerei Zickauer, riefen den Anwesenden zu: „Hände hoch!“ und raubten ihnen 900 Mark, sowie sämtliche Schmuckgegenstände. Sie entkamen unerkannt.

Schreckliches Ende einer romantischen Liebesgeschichte. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Vor etwa 3 Jahren war für einige Zeit ein argentinischer Offizier nach Frankfurt kommandiert. Damals entspann sich zwischen ihm und der 19-jährigen Tochter eines hiesigen subalternen Straßenbahnbeamten ein Liebesverhältnis. Der Offizier versprach dem Mädchen, als er nach Ablauf des Kommandos nach Argentinien zurückkehrte, sie dort zu seiner Gattin zu machen, wenn sie ihn begleiten wolle. Daraufhin gaben die Eltern des jungen Mädchens ihre Einwilligung dazu, daß sie den Geliebten begleitete. — Vor etwa drei Wochen kehrte jetzt aber das junge Mädchen unvermehrt nach Frankfurt zurück. Jetzt haben am Sonntag das junge Mädchen, ihre Mutter und ihr jüngerer Bruder Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt. Der dreifache Selbstmord wird auf die unglückliche Liebesaffäre des Mädchens zurückgeführt.

Großfeuer. Aus Budapest wird geschrieben: Durch spielende Kinder entstand in der Crisakoff-Gasse in Krowa ein großer Brand. 60 Wohnhäuser und 80 Nebengebäude wurden ein Raub der Flammen. Zwei Menschen sind verbrannt.

Zusammenstoß zweier Schiffe. Am Sonntag nachmittag kollidierten 100 Meilen südlich von Shanghai die beiden chinesischen Dampfer „Kwangtong“ und „Keefoo“. Die „Keefoo“ wurde buchstäblich in zwei Teile zerschnitten und sank innerhalb weniger Minuten. Über 40 Chinesen sind ertrunken. Alle ausländischen Passagiere des Dampfers sind gerettet worden.

Kleine Tageschronik. Ein in der Walderstraße in Berlin wohnender 59-jähriger Rentier verlor das Selbstmord durch Erschießen. — Dem Postverwalter in Berlin (Königsland) sind angeblich von zwei versammelten Räubern 4000 Mark geraubt. — Bei Paulsen a. H. überfuhr ein Auto, das ein Fuhrwerk überfuhr, den Fahrer des letzteren und verletzte ihn lebensgefährlich. — Ein Großfeuer vernichtete in der Fabrik Röhmsdorf des Vereins Schmitz-Jacobitz in Zeitz mehrere Lagerhäuser mit großen Vorräten. — Nach dem Genau von Sachlich erkrankten in Südamerika 20 Personen. — Die Frau eines angesehenen Kaufmanns in Frankfurt a. M. erkrankte sich und ihr neun Monate altes Kind in einer Sobornau. Die Verengung der Tat ist unbekannt. — Als ein Gefelle die Arbeit künzte, schloß der Schlichtermeister Wurm in Schneidemühl ihn nieder und tötete. — Der Wirt der Herberge zur Gelma in Gelingen wurde Montag von einem Schiebergehehen erschossen. Der Täter wurde vom Richter beantragt, daß er nach dem Ratenhaule gebracht werden mußte. — In der Nacht zum Montag explodierte in dem lothringischen Ort Hageningen ein Schloß, wobei zwanzig Personen schwere Verletzungen erlitten.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 25. April. Die Handelskammer hält am 23. April eine Versammlung ab, um gegen die geplante Erhöhung der Hafengebühren Einspruch zu erheben.

Offen, 25. April. In Holtbühl wurden durch einen Brand 1000 Morgen Wald zerstört.

Stockholm, 25. April. In der Stadt Kalborg wurde der erste weibliche Polizist angestellt mit 1200 Kr. Gehalt und 100 Kr. für Kleider. Eine besondere Uniform ist nicht vorgezogen.

Paris, 25. April. In Chagny kam es zwischen Katholiken und Freidenkern zu einem Straßenkampf, da eine katholische Eisenbahnervereinigung entgegen dem Verbot des Bürgermeisters eine Fahnenweihe mit festlichem Umzug begehen wollte.

Als der Bischof in La Plume zur Predigt kam, wurde er in der Nähe der Gendarmenstation mit einem Steinhaue empfangen. Der Diener des Bischofs wurde erheblich verletzt.

In einer gemeinsamen Versammlung der Präsidenten und Direktoren der Bahngesellschaften erklärte der Berichtserstatter, die Fassung eines endgültigen Beschlusses über die Forderung der Regierung auf Wiedereinstellung der Eisenbahnangestellten sei erst nach der Generalversammlung der Aktionäre möglich. Die Vertreter der Eisenbahngesellschaften werden morgen vom Minister empfangen und diesem mitteilen, daß sie in dieser Hinsicht nicht so weit gehen wollen, wie die Regierung es wünscht.

Wagarden (Westvirginia), 25. April. Durch eine Explosion sind in der Otten-Rohlgarbe 28 Bergleute eingekerkert. Man vermutet, daß sie alle umgekommen sind.

Briefkasten.

Abonnent in Sande. Wenn nichts anderes ausgemacht ist, so ist der für die mitgeteilten Änderungen benötigte Betrag bei dem Bezug des bisherigen Heftes dem Nachfolger zu überlassen. Stube 3 608 des B. W. B.

Quittung.

Für den Wahllokal gingen bei dem Unterzeichneten ein: 5 Mt., gesammelt von H. O. auf dem Volksball am 23. April in Bütters Lokal. Bis jetzt eingegangen 55,20 Mt.

Nordenham, 24. April.

Parteiengeldern, dankt der Wahllokal!

Besamwerd. Redakteur: H. Jacob in Sande. Verlag von Paul Hug in Sant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Sant.

Dreizehn Brieflagen.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister
Bant, Wilhelmsh. Strasse 70
Fernsprecher 267
Wilhelmsh. Bismarckstr. 95
Fernsprecher 352
halten sich bei Bedarf in Schuh-
waren bestens empfohlen.

Tonnleicher Hof.

Heute Mittwoch:
Große Tanzmusik.

Hierzu ladet ein H. Waldmann.

Banter Volksküche.

Wellenstraße.

Mittwoch: Reis mit Rindfleisch.

**Der Fischverkauf**

am Hafen (Ende Adnighstr.) beginnt
Mittwoch früh.

Es sind alle Sorten Fische vorräthig.
Schellfisch . . . 15, 20, 25, 30 g
Große Schollen . . . 30 g
Mittelscholle . . . 20-25 g
Schnitz . . . 15 g
Grüne Heringe . . . 12 g

Plüschsofa, Vertiko

Spiegel mit Stufe, Sofa, zwei
vollständige Betten billig zu ver-
kaufen. Friederikenstr. 35, u. r.

**Emden.
Sozialdem. Verein.**

Freitag den 28. April,
abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder = Versammlung
im Hotel Bellevue.

— Tagesordnung: —

1. Vortrag: Vom Ueber a. Menschen.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Parteielangelegenheiten.

Vollständiges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Hingerichtet

sind in Emden alle Augen auf
die belieben

• **Vorwärts-Zigaretten** •

mit und ohne Wundst., 2 u. 3 Pf.
Garantie Handarbeit. H. Qualität.
Herm. Schmidt: Zigarrengeschäft
en gros und en detail
Emden: Kl. Brückstr. 20.

Kr. fetten Sped. 60 Pf.

Gefalz. durchw. Sped. 70 Pf.

Grüß- und Leberwurst

zum Braten Stück 10 u. 20 Pf.
empfiehlt

A. Boerma, Emden

Or. Burgstrasse 8.

Zum Waschen od. Reinmachen

empfiehlt sich
Franz Günther, Bant, Weichstr. 5.

Oldenburg.

Am Mittwoch den 26. April, abends 8.30 Uhr,
in Doodts Etablissement:

Öffentliche Versammlung
aller Krankenkassen-Mitglieder.

— Tagesordnung: —

Die Reichsversicherungsordnung nach d. Beschlüssen
der Kommission. — Freie Diskussion.

Referent Arbeitersekretär **H. Rhein** aus Bremen.

Alle Mitglieder der Krankenkassen werden zu dieser
wichtigen Versammlung eingeladen, insbesondere auch die
Herren Arbeitgeber.

Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Oldenburg

G. Schwenker, Vorsitzender.

Allg. Ortskrankenkasse d. Amtsverb. Amt Oldenburg

W. Aken, Vorsitzender.

Dr. Thompson's Seifenpulver

spart

Arbeit, Zeit, Geld.

1/2 Pf. Paket 15 Pf.

Drei öffentliche**politische Versammlungen.**

Nordenham: Mittwoch den 26. April,

abends 8.30 Uhr, beim Gastwirt J. Kohners.

Brake: Donnerstag den 27. April er., ::

abends 8.30 Uhr, beim Gastwirt J. Decker.

Delmenhorst: Freitag den 28. April,

abends 6 Uhr, in den Spiegelsälen. :: :: ::

— Tagesordnung: —

Der schwarz-blaue Bloß für Arbeitertrug gegen

Arbeiterschug. — Freie Aussprache.

— Referent Parteisekretär **Ad. Schulz** aus Bant. —

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Die Mehrheit der Reichs-
versicherungskommission, bestehend aus Zentrum, Konservativen
und National Liberalen, hat das bischen winzige Recht der Ar-
beiter, namentlich auf dem Gebiete der Krankenversicherung,
wieder völlig beseitigt. Gest diejen Volks- und Arbeiterfeinde
die rechte Antwort, indem Ihr in gut besuchten Versammlungen
gegen dieses schamlose Treiben scharfen Protest erhebt.

Der Einberufer.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister
führen nur
erstklassige Schuhwaren
für deren Güte und Haltbarkeit
unbedingt garantiert wird.



Nur noch kurze Zeit
das mit so

grossem Beifall

ausgenommene

Spezialitäten-Programm

(letzter Spezialitäten-Spielplan
in dieser Saison).

Voranzeige!

Ab 1. Mai:

Sensationelles Gastspiel

Philipp Malburgs

Sensations-Stücke

Dieses Ensemble gastiert
gegenwärtig seit 3 Monaten
mit beispiellosem Erfolge in
Ariel, Etablissement. Ausfertigen,
bei täglich ausverkauft. Host.

Bezirk 27.

Mittwoch d. 26. April,

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Wieders, Wilhelmsh. Str.

Verein für
Kirch- u. Schul-
musik in Bant.
Versammlung
am Mittwoch, d.
26. April, abends 8 1/2 Uhr, i. Vereinslokal.

Allg. Ortskrankenkasse

für die Stadtgem. Bant.

Am Anschlusse an die Gemein-

de-Versammlung am

Freitag den 28. April

abends 9 Uhr

im oberen Saale des Schützen-

Mitglieder = Versammlung.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Stellungnahme zur Reichs-

sicherungsordnung.

Der Vorstand.

Nordenham-Mens.

Für die uns anlässlich un-

gehört zutreffend gewordenen Gesells-

chaften besten Dank

Aug. Riecks und Frau

geb. Wenz.

Dankfagung.

Für die erwiesene Teilnahme an

dem Hinscheiden meines lieben

Mannes lagen wie hiermit sehr

herzlichsten Dank.

Auguste Weller nebst Angehörigen

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister

haben eine große Werstatt in

Hause, wo jede Reparatur

sowie Anfertigung nach Maß

speziell für frante und empfindliche

Fäße, in kürzester Zeit aus-

geführt wird.

**Verlobungs-
Karten**

werden schnell, sauber und
:: preiswert angefertigt ::

Paul Hug & Co., Bant

Filiale: Heppens, Ulmenstr.

Wilhelm Harms: Nordenham

• • Hansingstrasse 10. • •

Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak

Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Annahme von Drucksachen

aller Art für Handel u. Privat

unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Matulatur
abgegeben.

Paul Hug & Co., Bant

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister
führen Schuhwaren von den
einfachsten bis zu den elegantesten
in nur modernen, gut passenden
Formen. Speziell außerordentlich
gut gearbeitete Schuhstiefel für
Knaben und Mädchen.

**Palmato Pflanzen-
Butter**

Margarine ist aus garantiert reinen und feinsten Pflanzenölen
hergestellt, vorzüglich haltbar, leicht verdaulich, nahrhaft und
bequemlich. In Geschmack, Aroma und Aussehen bester

Naturbutter

gleich! Nur echt in Packungen mit dem Elefanten. Um Ver-
wechslungen zu vermeiden siehe man genau auf Packung, Marke
und nachstehende Firma:

Al. Mohr & Co. in Oldenburg

Vertreter: Heinr. Gade in Wilhelmshaven, Kurze Strasse 16.

Sitzung des Gemeinderats zu Bant.

Bant, 24. April.

Hebernahme der Zinsgarantie für den Bauverein „Selbsthilfe“. 2. Lesung. G. V. H. Kunde teilt mit, daß nachstehendes Schreiben vom Hausbesitzerverein eingegangen ist, das rechtlich zwar nicht als Einreichung gegen den Beschluß erster Lesung anzusehen sei, da es nicht in der Auslegungsschrift eingegangen, doch bei der Beratung berücksichtigt werden könne. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der Gemeinderat wolle nur eine Bürgschaft in gedachter Höhe bis zu 90 Prozent beschließen, soweit die jetzt fertiggestellten Häuser dieses erfordern, doch eine weitere Bürgschaft für dennoch zu errichtende Häuser ablehnen.“

Es sind nach unserer Ansicht genügend drei- und vierstümige Wohnungen zu angemessenen Preisen vorhanden aber im Bau befindlich, jedoch eine wirtschaftliche Wohnung dann nicht zu erwarten ist. Der Bauverein ist ja selbst bei äußerst billigen Mieten nicht in der Lage, Wohnungen für niedrigeren Mieten als die der Gemeindegemeinschaft zu vergeben, auch kann ein Familienhaushalt mit größerem Einkommen niemals daran denken, Mitglied des Bauvereins zu werden, da eben nur wenige unterer Mitglieder in der Lage sind, den erforderlichen Gehaltsanteil von 200 Mark einzubringen und für die Hälfte davon von 500 Mark eine wirtschaftliche Garantie zu bieten.

Der Hausbesitzerverein ist nach vorläufiger Überlegung zu der Hebernahme gelangt, daß der Gemeinderat es der Allgemeinheit gegenüber nicht gut dastehen kann, noch weitere Bürgschaften zu übernehmen, sobald die Gemeinde bei fallenden Mieten eventuell in die Lage versetzt wird, die dann nicht mehr rentablen Häuser zu überlassen.

Die Grundstückskasse am hiesigen Platz ist noch längst nicht überzogen, zumal eiliche Hausbesitzer ohne zweite Hypothek sind, die diese zu äußerst hohen Zinsen bis zu 6 1/2 Prozent von Privatbanken etc. äußerst hohen unter Bürgschaft annehmen müssen. Die Finanzierung einer zweiten Hypothek ist bei den hiesigen eiligen Verhältnissen sehr zu erwarten in Verbindung der darauf folgenden Zwangsversteigerung. Es dürfte daher eher angebracht sein, die ausgedehnten Verhältnisse zum letzten der Gemeinde auszuweisen, damit möglichst alle Zwangsversteigerungen abgemindert werden und Geldgeber wieder bereuigt ihre Kapitalien am Orte belegen können.

Der Verein erlaubt sich daher folgenden Vorschlag zu machen: Die Gemeinde verleiht ein größeres Kapital zu 4 Prozent anzuweisen und gewährt aus diesem Fonds jedem rechtschaffenen Bürger gegen hypothetische Sicherheit ein Darlehen bis zu 75 oder 80 Prozent des Grundstückswertes zu dem normalen Zinssatz von 4 1/2 Prozent. Der event. entfallende Ausfall bei Nichtnahme der Kasse dürfte selbstverständlich von den Darlehensnehmern getragen werden.

Meinseitig dürfte es sich empfehlen, daß diese Kapitalien jährlich mit 1/2 bis 1 Prozent abzutragen sind. Für das erhaltene Kapital werden demnach zusätzlich Abtragung 5 bis 6 1/2 Prozent Zinsen zu zahlen.

Die Gemeinde würde hierdurch eine nicht unbedeutende Gelder-Einnahme erhalten, welche Zwangsversteigerung abdecken, im hiesigen Bezirk große Versteigerung halten und manche Geldgeber wieder veranlassen, ihre Kapitalien am Orte zu belegen.

Wollte der Gemeinderat gegenwärtig nicht in der Lage sein, in dieser Hinsicht Beschlüsse zu fassen, so bittet der Verein, diese Eingabe dem neuen Stadtrat vordringend zur Berücksichtigung zu empfehlen.

G. V. H. Kunde: Die Baukommission hat die Eingabe, die in zwei Teile zerfällt, beraten und empfiehlt bezüglich des ersten Teils, der sich gegen die Hebernahme der Zinsgarantie für den Bauverein „Selbsthilfe“ wendet, Hebernahme zur Tagesordnung und den zweiten Teil, der die Geldbürgschaft für Hausbesitzer als zweite Hypothek empfiehlt — welchem Wunsch die Baukommission nicht unheimlich gegenübersteht —, der künftigen Stadtbewertung zu übermitteln.

G. M. Herdes: Nach den vom Hausbesitzerverein angelegten Zeichnungen sind jetzt in Bantungen 380 Wohnungen im Bau, die zum Herbst fertig werden. Darunter befinden sich auch die zweistöckigen Wohnungen des Hebermanns Bauvereins. Es sind also vierstümige Wohnungen. Danach erscheint es nicht notwendig, daß noch weitere gebaut und eine dritte Hypothek für Wohngebäude, wie sie der Bauverein wünscht, nicht mehr gemacht werden, weil die Gemeinde dadurch geschädigt wird.

G. M. Carstensen: Es ist begreiflich, daß sich der Hausbesitzerverein gegen jene Konzeption wendet. Aber es ist nicht richtig, wenn in der Eingabe gesagt wird, Familien mit großer Einkommenszahl können nicht Mitglieder des Bauvereins werden, weil 200 Mark eingezahlt werden müssen. Dieser Gehaltsanteil wird aber durch monatliche Raten von zwei und drei Mark erhoben. Gerade die kinderreichen Familien will so der private Hausbesitzer nicht haben. Ganz sind die Wohnungsmieten des Bauvereins nicht niedrig, doch hinsichtlich der geländespezifischen Einrichtungen sind sie billiger als die privaten Wohnungen. Billiger können diese jedoch Wohnungen geschaffen werden. Das zeigt auch die Hebermanns Häuser-Wachstums. Es fragt sich übrigens, wann die vom Hebermann Bauverein geplanten Häuser gebaut werden. In der Wohnungssituation des Hausbesitzervereins sind doch auch die fünfstümigen Wohnungen einbezogen. Es steht ferner fest, daß zum Herbst noch eine ganze Anzahl Beamten und Offiziere am Ort nach hier kommt. Auch kommt in Betracht, daß der Bauverein „Selbsthilfe“ in diesem Jahre höchstens 20 Wohnungen fertigstellt, die anderen im nächsten Jahre.

G. M. Herdes: Es wäre besser gewesen, daß der Hausbesitzerverein hätte seine Eingabe nicht gemacht. Für die alten Häuser verlangt er Unterstützung, den neuen soll sie verweigert werden, schließt man für den Hausbesitzerverein gar keine Gefahr sehen kann. Das ist egoistisch.

G. M. Herdes: Es ist richtig, daß die Familien von 112 Unteroffizieren, die ihren Wohnsitz hier nehmen sollen, jetzt noch in Kiel wohnen; aber es sind zum Herbst hier auch mindestens 200 Wohnungen fertig. Das genügt doch!

G. M. Hansen: Die paar Wohnungen, die der hiesige Bauverein bauen will, sind für den Wohnungsbedarf hier ohne Bedeutung. Es muß doch auch mit dem natürlichen Zuwachs der Bevölkerung gerechnet werden.

G. M. Jacob: Verweist darauf, daß in aller Öffentlichkeit erklärt wurde, der Bau von drei- und vierstümigen Wohnungen müßte von den Bauvereinen und den Gemeinden in die Hand genommen werden; sie seien unbedingt notwendig. Nun ein paar Wohnungen hier liegen, bereits der Hausbesitzerverein. Wollte man von Herdes angeführten 112 Familien werden doch auch die Familien der Befragungen von den in nicht allzuferner Zeit in Bant stellen und ohne Zweifel ebenfalls der Berücksichtigung wertigen neuen Dreistöckigen hier Unterkunft finden wollen. Dann haben wir aber wieder eine Wohnungsmenge. — Hinsichtlich des zweiten Teils der Eingabe wird der neue Stadtrat mit sich rechnen lassen.

G. Baumeister Ramm: Die Hausbesitzer leben zu schwarz. Zwar ist die Wohnungsmenge vor, doch eine Wohnungsmenge besteht noch. Ein normaler Zustand ist, wenn zwei bis drei Prozent der Wohnungen fertig sind. Es kann also noch gebaut werden. Dem zweiten Teil der Eingabe des Hausbesitzervereins kann man sympathisch gegenüberstehen und es kann dabei auch günstig auf die Mietpreise eingewirkt werden. Wenn die Gemeinde die Bürgschaft für die zweiten Hypotheken übernimmt, so kann sie auch verlangen, daß die Mieten in diesen Häusern nicht höher sind, als sie zur normalen Begründung und Amortisation des Hauses notwendig sind.

Nach weiterer unentschiedener Debatte wurde der Vorschlag der Baukommission gegen zwei Stimmen zum Beschluß erhoben und der Garantieübernahme unter nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Die Gemeinde darf übernehmen gegenüber jedem Geldgeber, der zu 1/2 Proz. Zinsen und bis 1/2 Proz. Abtrag vom Bauverein Selbsthilfe Darlehen gewährt — für eine Gesamtsumme bis zu 180 000 Mk. — während der Befristungszeit dieser Darlehen die selbstschuldnerische Bürgschaft für Kapital und Zinsen bis zur vollen Befristung der zu schaffenden Hausbette nach Feststellung der Selbsthilfe des Bauvereins durch den Gemeindevorstand.

Der genannte Bauverein ist verpflichtet:

a) nur Gebäude zu errichten, die nach ihrem Aussehen und nach der Ausstattungsartigkeit vom Gemeindevorstand genehmigt wurden;

b) die Mieten so zu stellen, daß ein ausreißender, die Selbsthilfe des Bauvereins bedingender Vertrag stets erreicht wird;

c) zu den Vorstands- und gemeinschaftlichen Sitzungen eine von der Gemeinde zu bestimmende Person mit beratender Stimme hinzuzusenden;

d) jährlich mindestens 1/2 Proz. der Anfangssumme der Oblige durch Abtrag zu tilgen;

e) die Werte dauernd in einem als vom Gemeindevorstand genehmigten bestimmten Zustand zu unterhalten;

f) für den Fall, daß die unter a—e bezeichneten Bedingungen nicht erfüllt werden oder eine andere Beschuldigung für den Bauverein ohne Mitteilung der Gemeinde mündlich ist, der Gemeinde für die jeweils bestehende Gesamtsumme die Objekte zu Eigentum zu übertragen;

g) keinerlei hypothetische Eintragungen außer der Summe, für die die Gemeinde haftet, weder zu genehmigen noch zu dulden. Bestehende Bedingungen sind im Grundbuch dinglich zu sichern.

Als Vertreter der Gemeinde, der nach Absatz c) der vorstehenden Bedingungen im Vorstand des Bauvereins beratende Stimme hat, wurde G. M. Freese gewählt.

Die Zinsgarantie für Einfamilienhäuser, die außerhalb der Blumenstraße gebaut werden, soll bis zu 75 Prozent des Hauswertes übernommen werden. Dieser Beschluß wird in zweiter Lesung wiederholt.

Der Durchbau der neuen Straße beim Schönhof wurde ebenfalls in zweiter Lesung genehmigt und die Abfuhr von Boden zum Preise von 1,50 Mk. pro Kubikmeter dem Fuhrunternehmer Joh. Eilers übertragen.

Die Jahresrechnung der Gemeinde, Armen- und Schulaffären pro 1909/10 wurde festgestellt und dem Rechnungsführer Entlastung erteilt.

Konzeptionserteilung. In voriger Gemeinderatssitzung wurde beschloffen, das Amt zu erlösen, dem Nachfolger des alten Daniels die verwaltete Konzeption doch zu erteilen, um letzteren vor der Klementalle zu schützen. Das Amt teilt dem Gemeindevorstand nun mit, daß der Antragsteller hinsichtlich des abgelehnten Gehalts das Verwaltungsstellenverfahren einleiten könne. Im übrigen möge sich der Gemeinderat nicht mit Dingen befassen, für die er nicht zuständig ist. — In der Debatte hierüber wurde hinsichtlich der amtlichen Rüge herangezogen, daß der Gemeinderat sich sehr wohl nicht nur für berechtigt, sondern für verpflichtet halten könne, das Amt in aller Form zu erlösen, im Interesse der Gemeinde — wie in diesem Falle — seinen Beschluß zu revidieren. Bemerkte wurde noch, daß das Amt in der Wirtschaftskonzeptionserteilung im allgemeinen zu scharf vorgeht. Es sei zu bedauern, daß der Gemeinderat dem Statut betr. Einführung der Bedürfnisfrage zugestimmt hat.

Verchiedenes. Zur Kenntnis genommen wurde Johann ein Schreiben des Steinheilermüllers Sommermeyer, in dem dieser sich gegen die Kritik wendet, die in letzter Gemeinderatssitzung gegen seine Pfisterarbeiten zum Ausdruck kam.

Dem neuen Stadtrat wurde Johann ein Schreiben des Naturheilvereins überreicht, in welchem dieser um billigeres bzw. unentgeltliches Wasser für das Licht-Lustbad bittet.

Mit dem Bau eines Transformatorhäusens für die Stromzuführung nach Schaar, das an der Ecke der Bismarck- und Genossenschaftsstraße zu stehen kommen soll, erklärte sich der Gemeinderat einverstanden. Das weitere in dieser Sache wurde dem Gemeindevorstand und der Baukommission überlassen.

Der Verkauf einer gebrauchten Kettenegge zur Bearbeitung des Gemeindegeländes in Schaar wurde genehmigt. Die Lieferung der Zementplatten zur Pflasterung des Diagonalweges über den Rathausplatz wurde dem Unternehmer Gerhards zum Preise von 2,80 Mk. pro Quadratmeter übertragen.

Die Aufstellung eines unentgeltlich von der Firma Doornkaat der Gemeinde überreichten Spielplatzes beim Friedrichshof wurde genehmigt.

Zugestimmt wurde auch dem vom Lehrer Wintermann beschriebenen Antrage eines Aufstiegs der Einwohner, der kein Kind hier in Pflege geben und in die Hilschule schicken will. An Schulpflicht sollen die tatsächlichen Ausgaben für diese Schule, pro Kopf der Schüler berechnet, mindestens jedoch 100 Mk. pro Jahr, dem Antragsteller in Anrechnung gebracht werden.

Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Gemeindevorsteher H. Kunde betonte, daß dies voraussichtlich die letzte Sitzung des Banters Gemeinderats gewesen sein werde.

Gewerkschaftliches.

Gegen die Kasseier. Der Verein Deutscher Arbeiterverbände hat in einem Rundschreiben seine Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß dem am 2. Mai 1905 gefaßten Beschluß das unentgeltliche Fernbleiben der Arbeiter aus den Betriebsstätten am 1. Mai zwecks Teilnahme an der Kasseier als Bruch des Arbeitsverhältnisses aufzufassen ist und daß diese Arbeiter als Streikende zu betrachten sind.

Kühlung, Holzarbeiter! In Hamburg sind am Sonntag größere Trupps Arbeitswillige aus Berlin, Hannover und anderen Großstädten eingetroffen, die den Holzindustriellen Kasseierdienste leisten sollen. Sieht der Streik in der Hamburger Holzgewerbe auch für die Arbeiter im allgemeinen durchaus günstig, muß doch strengstens auf Zurechtweisung des Zuzugs geachtet werden, um den vollständigen Sieg der Holzarbeiter baldigst herbeizuführen.

Auch von der französischen Holzarbeiter-Organisation wird über den Zuzug deutscher Holzarbeiter nach Paris berichtet. Es wird gebeten, streng darauf zu achten, daß keine deutschen Holzarbeiter als Streikbrecher nach Frankreich gehen.

Bei der Konzeptionsfirma Müller u. Hellersdorf in Jüttau stehen die Zuschneider, Böhler und Schneider seit acht Tagen wegen Lohnverweigerungen im Auslande. Die Firma sucht in auswärtigen bürgerlichen Blättern Streikbrecher. Sie verspricht Löhne, die weit über die jetzt an die Ausständigen gezahlten hinausgehen, hält ihre Versprechungen nachher aber nicht. — Der Zuzug wird gewarnt.

Aus aller Welt.

Die schuldlose Rederei. Ende vorigen Jahres erregte es großes Aufsehen, daß in kurzer Zeit drei Dampfer der Hamburger Reederei Sloman im Mittelmeer untergegangen sind. Die Meinung tauchte auf, daß es sich um sogenannte Sargschiffe gehandelt habe. Der Reichstagsabgeordnete Rehger brachte in beredter Weise im Reichstag das zur Sprache, was man in fernöstlichen Kreisen über die Verschaffenheit der Sloman-Dampfer sich erzählt. Der Vertreter der Reichsregierung bestritt dies, als ob er der Sachwalter der Firma Sloman wäre und wies schließlich auf die eingeleitete Untersuchung hin. Das Ergebnis dieser Untersuchung unterlag nun am Freitag der Prüfung durch das Seerecht in Hamburg. Alle Zeugen bestätigten der Firma, daß ihre Schiffe in gutem Zustande gewesen sind und daß der Untergang der Schiffe nicht mit dem Zustand der Maschinen oder der Fahrzeuge in Verbindung gebracht werden kann. Der Spruch des Seerichtes ging dahin, daß sich die Ursache der Unfälle nicht habe feststellen lassen. — Wirkliche Zeugen der Katastrophen konnten nicht gehört werden; sie ruhen auf dem Boden des Meeres und sind stumm für ewige Zeiten.

Grauenhafte Zustände müssen in der heftigen Zwangs-erziehungsanstalt Rengshausen herrschen, wie aus der Gerichtsverhandlung hervorgeht, die gegen sechs Angestellte der Anstalt anhängig gemacht ist. Wie aus den Aussagen hervorgeht, wurden als Strafen bis zu 200 Hieben mit einem Gummischlauch ausgeteilt. Trotz dieser Feststellung wurde nur der frühere Vorsteher des zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, die übrigen Angestellten freigesprochen. Das Urteil wird in ganz Deutschland Aufsehen erregen.

Alkohol und Mafschäftsbeileidung. In der Trunkenheit machte der Arbeiter Engler einige unpassende Bemerkungen über den deutschen Kaiser. Das Landgericht in Celle verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis. Die bürgerlichen Blätter sind mit dem Urteil sehr zufrieden. Wodurch ein betrunkenen fremder Arbeiter den deutschen Kaiser beleidigen kann, ist uns unverständlich.

Ein verhängnisvoller Zufall. Ein etwas dramatisches Geschehnis hat eine junge Frau in St. Louis, Mrs. Schmidt, dieser Tage vor dem Richter abgegeben. Sie erklärte, daß der im Herbst vorigen Jahres zum Tode verurteilte Dr. Clemenson, ein bekannter Arzt in Chicago, unschuldig verurteilt worden sei. Dr. Clemenson war vom Gericht schuldig befunden worden, seine Frau ermordet zu haben. Das Verbrechen erregte seinerzeit im ganzen Staat Illinois großes Aufsehen, da der Mord unter sehr mysteriösen Umständen verübt worden war. Dr. Clemenson hatte während der ganzen Verurteilung nichts zu seiner Verurteilung vorgebracht und war schließlich als des Mordes schuldig zum Tode verurteilt worden. Jetzt erklärt Frau Schmidt, daß Dr. Clemenson die Tat nicht verübt haben könne, da er sich in der betreffenden Nacht, in der der Mord begangen wurde, bei ihr im Hause befunden habe. Frau Schmidt erklärte: Ich gelte gern die Schmach zu, ich tue dies aber um so lieber, als ich dadurch einen Menschen vor der Hinrichtung bewahre. Frau Schmidt handelte bei ihrem Gesandnis in vollständigem Einvernehmen mit ihrem Gatten, der ihr den Festtritt versichert hat.

Vermischtes.

Des Hofenrods Ende. Der „Frankf. Zig.“ wird aus Wäldhausen berichtet: Ein ungewolltes, aber gleichwohl wirksames Todesurteil des Hofenrods hat der Inhaber eines hiesigen besseren Restaurants herbeigeführt, indem er seine sämtlichen Kellnerinnen mit solchen Beinhüllen versehen hat. Der beabsichtigte Erfolg war nicht minder verblüffend als der unbedachte. In der Ru waren die Modellisten aus den Schaufenstern der Konzeptionshäuser verschwunden!

1995 Fall

setzung siehe nächste Seite.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Uhren, Goldwaren
J. Toben, Heppen,
Ulmenstr. 17
Fachgem. Reparatur, prompt & billig
Otto Trautwein, Wilhelmshaven,
Diamantstr. 24
F. W. Brandt Nachf., Ick. & Gooln,
Delmenhorst
B. Steinfeld, Delmenhorst,
Langestr.
Wilh. Wieting, Delmenhorst
am Markt

Johann Witt Dillingen, Saarbr.
F. Schwaradt Norden, Kreis
H. Mosel Nordheim
Theodor Schmidt Nordheim
H. Schröder Varel, Oldenb.

Variete Kaiserkrone
Nagasaki, Himmelskron 20. 20. T. 379.
Aufzeit v. nur erstkl. Spezialität.
t. 1. v. 7-11 Uhr. Jed. 1. u. 15. mon.
neu. Kräft. Götter. u. schönst. Saal
u. Jeden Sonntag Tanzmusik. u.
Metropole, Bant. W. Havermarkt. 3.
Varieté Café Japan
Joh. H. Schütz, Finken. Kesseler. 68. T. 33.

Gebr. Wolff, Delmenhorst
Beste u. billigste Brauzeugel
Wäsche-Ausstatt.
S. Janover Hant. neben
Varité Adler.
F. H. Meyer W'haven, Roemer. 76
Peter Miltz, Emden, Delft 7228.
Kaufhaus S. R. Kosenberg, Lee
Weine, Spirituose

Hans Meyer Dant, gegenüber dem Rathaus
Weine, Spirituosen — 20.000, 25.000
S. H. Meyer's Likörfabrik, W. Haver
in der Hauptstadt, 107, T. 315 — 25.000
Weine, Spirituosen u. Cigarrenhandlung
verbunden mit Ausschank
Größtes u. ältestes Spezialgeschäft
S. W. Siuts Dant, Feinspez.
Weine, Spirituosen

Zahn-Atelier
H. Zerfuß, Hans, Wittenbergstr. 23
empfohlen
Transportable
batterien, Batterien

Viele Kranke

ratur 3. Selbstkostenpreis.
 dewassers Elektrizitätswerk
 Geyssend, Güterstrasse.

Kravatten
 in hochmodernen Fassons
 :: und Mustern empfiehlt ::
Martha Kappelhoff
 Ecke Deich- und Roonstr.

Bestehten erkl. Solidat-Fahrräder
 auf Wunsch
 Teilzahlung!


 Abzahlung 25, 30, 35 Mk., Abzahlung
 — 15 Mk. monatl.
 Zuckersäcke gratis! — Preisliste gratis!

J. Jendrosch & Co.
 Charlottenburg No. 16

Wahren Jakob
Su freien Stunden
 und alle sonstige
 arbeitsliteratur besorgt prompt!

H. Wullenkott
Hafenstr. 56a.
Nähmaschinen, Fahrräder
repariert, vernickelt und emaillet
prompt und billigst
Eduard Edén, Großmechaniker-
Bauz., Vorlesstraße 12.
Eigene Emailieranstalt.
Georg Mühlenstr. 16
2 Min. v. Bahnh.
Zigarren- Zigaretten-

Rudolf Heyer
 **Schweine**
im Weiterfüttern, sowie Zerlei-
dungen, Altes zu verkaufen
A. Pilling, Bant
Hafenstraße 50.

Maifeier Rüstringen-Wilhelmshaven 1911

Montag den 1. Mai in Sadelwassers Tivoli:

Morgens 8 bis 10 Uhr (Kasseneröffnung 1/8 Uhr):
Konzert, Gesang und Festrede.

Vormittags 10 1/2 Uhr:
Festzug durch Heppens nach dem Banter Marktplatz,
wo der Zug aufgelöst wird.

Nachmittags 3 bis 6 Uhr: **KONZERT.**

Festredner: Redakteur Richard Wagner aus Braunschweig.

Eintrittskarte für alle Veranstaltungen 30 Pf., Tanzband 1 M., Maifest-Zeitung gratis. — Eintrittskarte legitimiert.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Es gilt auch in diesem Jahre wieder, den Maifeiertag würdig zu feiern. Dazu gehört, daß alle Arbeitskollegen und Kolleginnen, welche es irgend möglich machen können, den Feiertag mit Arbeitsruhe zu begehen, an der Maifeier teilnehmen. Diejenigen, welche die Arbeit nicht ruhen lassen können, haben sich zahlreich an der Abendveranstaltung zu beteiligen. Es gilt zu demonstrieren für den Achtstundentag. — Erscheint zahlreich am 1. Mai in Sadelwassers Tivoli. — Hoch die Arbeitsruhe am 1. Mai!

Abends 8 Uhr (Kasseneröffnung 1/8 Uhr):
Abend-Feier

bestehend in
Konzert, Gesang, Festrede und sonstigen Aufführungen mit
nachfolgendem **BALL.**

Die Maifeier-Kommission.

Verband der Maschinisten u. Heizer
Zahlstelle Nordenham.

Am Sonntag den 30. April 1911:

Erstes Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert und Ball
im Lokale des Herrn G. Witter (Rüstringer Hof) in Alvens.

Entree: Herren 30 Pf., Damen frei.
Anfang 5 Uhr. Tanzband 1 M. Anfang 5 Uhr.

Die hiesige Arbeiterschaft wird hierzu freundlich eingeladen.

Das Komitee.

Allg. Ortskrankenkasse der Stadtgemeinde Delmenhorst.

Freitag den 28. April, abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung

in Büchmanns Gasthause, Delmenhorst, Lange Str.

Tages-Ordnung: 1. Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
2. Ergänzungswahl eines Vorstandsmitgliedes.

Der Vorstand.

Fabrikarbeiter-Verband
Delmenhorst.

Sonabend den 29. April cr.,
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Oldenburger Hof
(W. Stille).

Zahlreichen Besuch der Mitglieder
erwartet! **Der Vorstand.**

Verband der Zimmerer.

(Zahlstelle Delmenhorst).

Sonabend den 29. April,
abends 7 Uhr:

Versammlung

beim Wirt Veltmeier.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Tapeten u. Borden

Farben, Bürsten, Pinsel,

Matte, Mollleuz,

Einoleum und Einrusa ..

empfiehlt

D. Block, Delmenhorst,
Bremer Straße.

Plakate liefern Paul Hug & Co.
Bant, Peterstraße.

Kinder-Strümpfe Söckchen



Gute Qualität in allen Preislagen

B.v.d. Ecken
Bismarck-Str. Wilhelmshaven

Ankauf

von altem Eisen, Kupfer, Messing
Zinn, Zinn, Stanniol, Blei, sowie
Kunzen, Gummiabfällen und Cham-
pagnerkalken. Zahle dafür stets
die höchsten Preise. Auf Wunsch
hole es aus dem Hause ab.

S. Reisner,
Heppens, Zandweg 4.

Telephon 672.

Wilhelmshaven-Rüstringer Straßen-Reinigungsinstitut

Bant: Grenzstraße 20b: Fernsprecher 765

empfiehlt sich unter Garantie zur Übernahme der Reinigung von
Straßen, Plätzen, Trottoirs zu mäßigen Abonnementpreisen.

Oldenburg

Der Arbeitsnachweis

der Unternehmer für das Baugewerbe
in Oldenburg und Umgegend

ist seitens der betheil. Verbände gesperrt.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Oldenburg.

Weltbekannt ist:  Das

Edelweiß-Fahrrad
ist gut und billig!

Überzeugen Sie sich hiervon durch meine neueste
Preisliste, welche wird an jeden vollkommen
kostenlos und ohne Kaufzwang zugesandt.

Edelweiß-Decker in Deutsch-Warzenburg.

Achtung! Achtung!

Maifeier in Jever

.. am Montag den 1. Mai 1911 ..

im Gasthof Zur Traube, bestehend in

Festrede, Aufführungen und nachf. Ball.

Festredner: Landtagsabg. Jul. Meyer aus Bant.

Anfang 8 Uhr. Entree frei. — Tanzband 75 Pf. Anfang 8 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Banter Konsum- und Sparverein

e. G. m. b. H., Bant.

Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht,
monatlich die kleinen Marken gegen große in den Ver-
kaufsstellen umzutauschen.

Der Vorstand.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.

Sondin

besten Dienst.

1 Dose 8 und 20 Pf.,
12 Dosen 85 und 180 Pf.

.. **Ofenbürsten** ..

Ofenlack

1 Pfund . . . 1 M.

J. H. Cassens,
Bant, Peterstr. 42, und Schor.

Franz Dopheide

Orthopädie-Mechaniker u. Handg.

BANT

Wilhelmshavener Straße 58.

Anfertigung künstlicher Glieder

Orthopädische Apparate mit

X- und O-Reinigungs- und Ge-
hälter nach Maß.

Wäsche

kaufen Sie gut u. billig bei

Martha Kappelhof

Ecke Deich- u. Roonstr.

Kaufe gebrauchte

Möbelstücke

zu hohen Preisen.

W. Janssen, Bant

Peterstraße 4. Telephon 697.

Alle lieben

ein gutes, reines Gesicht, reif-
jugendliches Aussehen und feine
Teint, deshalb gebrauchen Sie die

Stedenpferd - Milkenmilch - Creme

v. Bergmann & Co., Bant.

Preis à St. 50 Pf., ferner macht die

Milkenmilch-Cream Dada

rote und spröde Haut in einer Weile

weich u. sammetweich. Tube 50 Pf. in der

Hafen-Apothete, Neuenwerder Apotheke

bei M. S. Witten; in Wilhelmshaven
H. H. Wegmann.

Die Meldestelle

für verlaufene Kinder
findet sich bei

Franz Schünbeck, Bant

Restaurant Peterhof, Peterstr.

Zweite Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Freidenker. Abgehalten Osnabrück 1911 in Gelsenkirchen.

Der im Jahre 1908 von aus dem bürgerlichen Zentralverbande ausgetretenen Genossen gegründete Zentralverband deutscher Freidenker hielt an den beiden Osterfesttagen in Gelsenkirchen seine Generalversammlung ab, die von 32 Delegierten besucht war. Den Geschäftsbericht über die verfloßene Tätigkeitsperiode gab Genosse Witten/Dresden. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß seit der letzten Generalversammlung der Verband um 28 Zahlstellen und 1500 Mitglieder zugenommen hat und zurzeit 61 Zahlstellen mit 3200 Mitgliedern umfaßt. Hervorgehoben wurde, daß der Zentralverband auf proletarischer Grundlage steht, nicht Zweck ist, sondern Mittel zum Zweck, die Befreiung des Volkes aus wirtschaftlicher und geistiger Anarchie zu fördern. Der Zentralverband besteht fast ausschließlich aus Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern.

Der Bericht fand die Billigung der Generalversammlung. Während die Mehrzahl der Delegierten erklärte, daß ein friedliches Nebeneinanderarbeiten mit Partei und Gewerkschaften statfinden, mußten andere konstatieren, daß ihnen in ihren Kreisen von einzelnen Parteigenossen, die allerdings Anarchismus predigen, Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Gerade in diesen Kreisen aber ist ein starkes Zuneigen der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Das Verbandsorgan „Der Arbeiter“ (Münster) hat eine Auflage von 5700 Exemplaren und gibt seit 1. April eine Monatsbeilage für schulpflichtige Kinder des Proletariats unter dem Titel „Die Wahrheit“ heraus. In der Debatte zum Punkt Presse wurde gewünscht, daß das Verbandsorgan möglichst prägnant die Stellung der Kirche im Staate kennzeichnen solle, während in der Jugendbeilage die Aufgabe erfüllt werden müsse, die Kinder in die verfallenen Gebiete des sozialen Lebens und der Naturkenntnis einzuführen.

Gen. Kainbach/Hamburg referierte über das Thema: „Unsere Stellung zur bürgerlichen Freidenkerbewegung“. In der zu diesem bezüglich aufgenommenen Vortrage angenommenen Resolution wurde betont, daß wir wohl mit dem bürgerlichen Freidentum in allgemeinen Fragen ein Einverständnis zusammenbringen können. Da diese Bewegung zwar die Kirche bekämpft, den Klassenstaat jedoch unerschüttert, müssen wir die dort noch vorhandenen Vorurteile über das Wesen dieser Bewegung aufklären. Da das bürgerliche Freidentum zweifellos ein Gegner der modernen Arbeiterbewegung ist, so haben wir daselbst entschieden zu kämpfen.

Genosse Fricke/Witten sprach über „Jugendbeziehung“, schloß mit dem Aufruf, unsere Volksschule und empfahl den Zahlstellen in der Weise Jugendunterricht zu betreiben, daß sie in familiären Zusammenhängen durch Ausprache mit den Kindern im Sinne der sozialistischen Weltanschauung auf sie einwirken, damit sie nicht die Religions- und Geschichtslehre als Wahrheit in sich aufnehmen. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wurde angenommen.

Ueber Punkt Agitation sprach Genosse Richter/Dresden und betonte, daß wir unser Hauptaugenmerk nicht nur auf Gewinnung neuer Mitglieder, sondern auf Erzielung möglichst vieler Kirchenaustritte zu richten haben. Er empfahl in dieser Beziehung die intensive Kleinarbeit.

Anschließend der Statutenberatung wurde als wesentliche Änderung beschlossen, den an die Hauptliste abzuführenden Betrag in der Weise zu erhöhen, daß die Zahlstellen für das Verbandsorgan pro Nummer 3/4 Pfennig und 2/4 Pfennig für Agitations- und Delegationszwecke entrichten. Der Wochenbeitrag beträgt 10 Pfennig für männliche und 5 Pfennig für weibliche Mitglieder.

Zum Vorort des Hauptvorstandes wurde Dresden bestimmt. Als Sitz des Ausschusses Erturt. Der nächsten Generalversammlung ist Braunschweig. Im Schlußwort betonte der Vorsitzende, daß wir die Bekämpfung der Kirche in Ergänzung der modernen Arbeiterbewegung einschließen betreiben müssen, um dadurch das allgemeine Ziel schneller zu erreichen.

Soziales.

Den Van eines Wäschereihenheims, dessen Kosten auf 540.000 Mk. veranschlagt sind, beschloß die Stadtorborenen in Offen a. d. Ruhr.

Aus dem Lande.

Sande, 25. April.

Der Gemeinderat hielt Sonnabend eine Sitzung ab, in welcher über folgende Punkte verhandelt wurde: 1) Feststellung des Voranschlags für die Armenkasse für 1911/12; 2) Beratung über eine Gasanlagen; 3) Beratung über einen Antrag betr. Anlegung einer Schloßbahn auf dem Fischbühnen Wege; 4) Beschlußfassung über Anschaffung von Hundesteuermarken; 5) Feststellung, ob ein Ueberhandnehmen der Feldmäuse zu befürchten ist; 6) Einreichung von Offerten über Lieferung von Zementsteinen; 7) Verschiedenes. — Zu 1), Voranschlag für die Armenkasse. Es muß eine Einnahme von 6175 Mk. vorhanden sein, die Ausgaben sind auf 5175 Mk. vorgeschlagen; der Rollenbestand wird demnach 1000 Mk. betragen. Von den 6175 Mk. müssen 4118,76 Mk. erhoben werden, der Rest ist Rollenbestand aus dem Vorjahre und feststehende Einnahmen. — Zu 2). Der Gemeinderat beschloß, dem Wilhelmshavener

Gaswerke die Anlage eines Rohrnetzes in der Gemeinde zu gestatten, jedoch ohne irgend welche Verbindlichkeit der letzteren. — Zu 3), Schloßweg zu Fischbühnen. Ein Beschluß wurde in dieser Angelegenheit nicht gefaßt und der Gemeindevorsteher beauftragt, sich mit der Großherzoglich. Domänenverwaltung in Verbindung zu setzen zwecks eventueller Anschaffung des Weges. Nach Ansicht der Gemeindevertretung ist ein Schloßweg mit Rücksicht auf den starken Verkehr nach und von den Groden für diesen Weg nicht geeignet und eine Pflasterung weit vorteilhafter. Zunächst soll aber festgestellt werden, wie die Domänenverwaltung sich zu der Kostenfrage für den Bau sowie zu den Unterhaltungskosten stellt. — Zu 4). Die vorgeschlagenen Hundesteuermarken sollen beschafft und an die betr. Besitzer zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. — Zu 5), Vertilgung der Feldmäuse. Für die Grodenbezirke, welche südlich der Staatschaussee Varel-Wilhelmshaven liegen, wurde das Vertilgen der Feldmäuse zur Pflicht gemacht. In den übrigen Bezirken jedoch kann die Vertilgung freiwillig geschehen. Der erforderliche Schuppin-Weizen soll beschafft und mit einem kleinen Aufschlag an die Landbesitzer abgegeben werden. — Zu 6) Lieferung von Zementsteinen. Für diese, welche zur Pflasterung des zweiten Drittels des Fußpfades am Altenbach verwendet werden sollen, waren mehrere Angebote eingegangen. Mindestfordernder war Maurer D. Ahrens hierseits und wurde demselben die Lieferung übertragen. — Zu 7) Verschiedenes. Auf ihren Antrag wurde zwei Herren das Gemeindegerechtsamt erteilt.

Barel, 25. April.

Polizeibestimmung und Fuhrwerksbesitzer. Mittwoch und Sonnabend ist es verboten, während der Marktzeit die für den Markverkehr benutzten Straßen zu befahren. Dies wird den künftigen Fuhrwerksbesitzern ebenfalls bekannt sein, aber den auswärtigen nicht. Es hat daher die Polizei dafür zu sorgen, daß jedesmal eine Warnungstafel aufgestellt wird. Dies geschieht auch, aber nicht in einer richtigen Weise. Für die Fuhrwerke, die von der Längen Straße herkommen, ist die Warnungstafel mit ihrer Strafbestimmung eine richtige. Die Warnungstafel ist nämlich nicht, wie es sich gehört, bei der Abzweigung von der Längen Straße angebracht, sondern erst bei der Pumpe dem Hause des Wärdmeisters Wenzel gegenüber, also an einer Stelle, wo es für die Fuhrwerke kein Zweck mehr gibt, sondern nur ein Vorwand, und das führt Strafe. Wenn diejenigen Fuhrwerksbesitzer, die in Strafe genommen werden, gerichtliche Entscheidung beantragen und dem Gerichte eine richtige Darstellung geben, so sind wir der festen Überzeugung, daß eine Freisprechung erfolgen muß. Will sich die Polizeibehörde nicht einmal eine Blamage holen, so tut sie am besten, wenn sie die Warnungstafel bei dem Hause des Kaufmanns Geerten anbringt und eine weitere bei der Einmündung der Straße am Dreick.

Oldenburg, 25. April.

Erfolgreiche Lohnbewegungen unternahm der Transportarbeiterverband in der Preßfabrik und der Seifenfabrik der Firma Hoyer. Die Löhne in der Preßfabrik wurden um eine und zwei Mark erhöht. In der Seifenfabrik der Firma Hoyer wurde der Wochenlohn für Arbeiter von 18 auf 20 Mk. und vom 1. Dezember 1912 ab auf 24 Mark festgelegt. Die Arbeitszeit wurde für die Monate Oktober bis 1. April um eine halbe Stunde vergrößert.

Gruppenbücherei, 25. April.

Feuer entzünd an Gruppenbücherei Moore auf bisher unaufgeklärte Weise und nahm große Ausdehnung an, so daß es mehrere Tage brannte. Löschanstalten von Gruppenbücherei gelang es, das Feuer einzudämmen und ein Weiterumschreiten zu verhindern.

Reihholz, 25. April.

Ein Raub der Flammen wurde das von dem Arbeiter J. Beem bewohnte Haus der Huber Torfstreuerei. Das Feuer griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß Löschanstalten gar nicht unternehmen werden konnten. Außer einigen Mobiliarstücken ist alles verbrannt.

Delmenhorst, 25. April.

Sozialdemokratischer Verein. Auf die heute, Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Wirtes H. Meier, Koppeltstr., stattfindende Versammlung machen wir nachmals aufmerksam. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wahlung, Fabrikarbeiter! Die nächste Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes findet Sonnabend den 29. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr im „Oldenburger Hof“ statt. Allenfallsiges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. (Siehe Anz.)

Eine Versammlung des Zimmerverbandes findet am Sonnabend, 29. April, abends eine Stunde nach Freitabend im Lokale des Wirtes Veigmeier statt. Allenfallsiges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. (Siehe Anz.)

Steueranmeldung. Die Steuererklärungen zwecks Veranlagung zur Einkommen- und Vermögenssteuer müssen bis zum 10. Mai d. J. im Rathaus 1 angebracht sein. Aus der amtlichen Bekanntmachung haben wir folgendes hervor:

Jeder, welcher im Vorjahre ein Einkommen von 1200 Mark und mehr versteuert, hat sein gesamtes Einkommen und Vermögen auf vorgeschriebenem Formulare anzumelden. Steuerpflichtige, welche niedriger veranlagt sind, sind ohne weiteres zur Anmeldung ihres Kapitalvermögens und des Ertrages desselben verpflichtet.

Schuldinsen, dauernde private Lasten, Renten öffentlich-rechtlicher Natur, sowie Beiträge zu Witwen-, Waisen- und Pensionsfonds und Lebensversicherungsprämien sind nur

abzugsfähig, wenn sie in jedem Jahre besonders auf vorgeschriebenem Formulare angemeldet werden.

Alle Anmeldungen haben bis spätestens 10. Mai einschließlich zu erfolgen. Formulare dafür werden im Steuerbureau, Rathaus 1, Zimmer Nr. 6 und 7 oben, unentgeltlich abgegeben. Denjenigen Steuerpflichtigen, welche im Vorjahre 1200 Mk. und mehr versteuert, wird vom Vorstehen des Schätzungsausschusses ein Steuererklärungsformular zugeschickt. Der Nichtempfang derselben entbindet aber nicht von der vorstehend bezeichneten Anmeldepflicht. Wer unter 1200 Mk. versteuert und Schulden usw. anmelden will, muß sich das Formular selbst holen, oder die Anmeldung im Steuerbureau zu Protokoll geben.

Wexen, 25. April.

Eine Gemeinderatsitzung fand am Sonnabend in Michaels Hotel statt. In den Schulvorstand wurde Hauptlehrer Runt-Schwarzwarden gewählt, ebenso in den Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule. Der Schulunterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule wurde dem Ingenieur Becke übertragen. — Als Hundesteuer wurden 5 Mk. für den ersten Hund und 20 Mk. für jeden zweiten und weiteren Hund festgelegt. Es sollen Warten bestellt und den Hundehaltern gegen Bezahlung übergeben werden. — In der Angelegenheit „Errichtung eines Gewerbegerichts zusammen mit Nordenham“ ist noch keine Einigung herbeigeführt und soll eine abwartende Stellung eingenommen werden. — Eine Eingabe von Interessenten erludt um Errichtung einer katholischen Schule. In der Gemeinde sollen circa 30 schulpflichtige katholische Kinder sein. Der Gemeinderat will feststellen lassen, ob diese Angaben richtig sind. — Zum Vertreter des Standesbeamten wurde Rechnungsführer Wilms/Wexen bestimmt. — Ueber den Anschluß an die Wasserleitung in Nordenham für Einsparungen soll ein Kostenanschlag ausgearbeitet werden. In die Kommission wurden die Herren Riebelier, Wulfsch und Wilks bestimmt. — In erster Lesung angenommen wurde der Antrag, daß für den Chaufierbau von Schäfers Hause am Deich nach der ersten Versteigerung die Friedrichsde West mit 1000 Mk. vorbestellt wird. — Hieran schloß sich eine vertrauliche Sitzung an.

Aus aller Welt.

Verhängnisvolle Liebesleiden eines Polizeikommissars.

Am Donnerstag wurde der Polizeikommissar Toenniges in Erfurt von der dortigen Strafkammer wegen Unterschlagung von 4650 Mk. amtlicher Gelder zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Toenniges bezog wegen einer Krankheit, die er sich bei der Marine zugezogen, eine Pension von 1740 Mk. jährlich. Im Jahre 1907 wurde er in Erfurt mit einem Gehalt von 2300 Mk. als Polizeikommissar angestellt. Obwohl sein Einkommen sich nun auf 4040 Mk. belief, so blieben doch die Finanzen des Kommissars immer recht zerrüttet. Die Ursachen waren, wie sich in der Verhandlung herausstellte, hauptsächlich darin zu suchen, daß Toenniges, obwohl er verheiratet und Vater mehrerer Kinder war, Vieeleien mit anderen Frauen unterhielt. Ein solches Verhältnis soll ihm ungeheure Summen gekostet haben. Um sich aus der Klemme zu helfen, verpfändete er zunächst sein Mobiliar für 4000 Mk. an einen gewerbsmäßigen Geldverleiher in seinem Geburtsort Bremen. Dann verwendete er Gelder von der Kreditschle für die Polizeibeamten in Erfurt, deren Rechnungen er im Auftrage des Polizeikommissars Mundt begleichen mußte, für sich und schließlich unterschlug er 271 Mk. für ausgelieferte Jagdschne. Am 21. Februar d. J. erlitt ihn das Schicksal. Als sich bei einer Revision das Defizit herausstellte, wurde er verhaftet.

Versammlungs-Kalender.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Dienstag den 25. April.

Beitrag der Schulmacher. Abends 8 Uhr bei Halweland.

Mittwoch den 26. April.

J. R. Guttempler-Roge „Norddeutsches“. Abends 8 1/2 Uhr bei Schillingburg.

Sabab. Stenogr. Verein Vant. Abends 8 1/2 Uhr bei Wwe. Rohl.

Donnerstag den 27. April.

Barel.

Gewerkschaftstakt. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Oldenburg.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 24. April.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Gold. Coburg, nach Kapstadt, gestern von Coruna abgegangen. Gold. George Washington, nach New York, heute dortselbst an. Kopsch. Griesenau, nach Ostafrika, heute von West-Said ab. Gold. Halle, nach Brasilien, gestern in Rio de Janeiro an. Schnell. Rall. Wild. II., von New York, heute nach der Wier ab. Kopsch. Prinz Eitel Friedrich, nach Ostafrika, heute Antwerpen ab. Kopsch. Scharnhorst, nach Australien, heute von Fernanville ab. Gold. Schiefen, von Ostafrika, heute in Malta angekommen. Gold. Wirtel, nach Ostafrika, heute von Philadelphia ab.

Schwaffer.

Mittwoch, 26. April: vormittags 11.30, nachmittags 11.43

sozialdemokratisches Parteisekretariat für Oldenburg u. Ostfriesland

Sitz Saal I. O.

Adresse für Geldsendungen und sämtliche Zuschriften:

Hof 1, Saal I. O., Peterstraße 22.

— Telefon-Nummer 643. —

